



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 217 Sept./3 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbstständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbstständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.



Dumm und Dümmer

Philip Giraldi, August 26, 2026

Wie ich bereits erwähnt habe, kann man sich fast jede Woche über die Eskapaden von Präsident Donald J. Trump amüsieren, doch die Belustigung schlägt oft in Ärger oder gar Abscheu um, sobald die Folgen seines Verhaltens deutlich werden. Sicherlich ist es schwer, den gerade aufgetauchten Bericht über die «Chickenhawk-Parade» im Februar zu übertreffen, bei der nach einem NATO-Treffen in Ankara die Air Force One vertauscht wurde. Sie war beispiellos in ihrer schieren, egozentrischen Respektlosigkeit gegenüber den armen Kerlen, die gezwungen sind, mit dem Präsidenten zu reisen und das bösartige Geschwätz von Amerikas grösstem Golfbetrüger zu ertragen. Als Trumps Pressesprecherin Karoline Leavitt einige Tage später zurücktrat – möglicherweise im Zusammenhang damit, dass der Präsident sie als eines der Opfer eines möglichen Terroranschlags inszeniert hatte –, postete Trump auf seiner Website «Truth Social» ein Foto von sich mit der Bildunterschrift «Der beste Pressesprecher». Er beleidigte Leavitt und nominierte sich selbst!

Donald Trump ist ständig in Bewegung, wenn er nicht gerade Golf spielt oder während Meetings schläft. Mit Drohungen und Flüchen terrorisiert er seine Feinde im In- und Ausland. Man beachte nur, wie Trump mithilfe seines Friedensrates einen Deal über Gaza aushandelte: Die Hamas sollte sich zur Entwaffnung verpflichten, im Gegenzug sollte die israelische Armee die 70% des besetzten Gebiets verlassen und durch eine internationale Friedenstruppe ersetzt werden. Nachdem die Hamas dem Plan zugestimmt hatte, schickte Trump seinen zionistischen Schwiegersohn Jared Kushner nach Israel, um mit Premierminister Benjamin Netanjahu zu sprechen und den Deal zu besiegeln. Ein dummer Schachzug, Donald! Netanjahu lehnte das Abkommen natürlich ab, und Kushner sagte sofort zu, Israel bedingungslos zu unterstützen. Was Israel tut, Jared, ist, jeden Tag Palästinenser zu töten, nachdem es ihnen ihr Land gestohlen und ihre Lebensgrundlagen zerstört hat.

Ein Video zeigt, wie ein israelischer Siedler den älteren Palästinenser Saeed Al-Omour in Hebron im besetzten Westjordanland brutal mit einem Knüppel zusammenschlägt. Al-Omour verlor sein Bein, nachdem er vor über einem Jahr von israelischen Siedlern angeschossen worden war. In einem weiteren, besonders grausamen Vorfall, der auf Video festgehalten wurde, schlugen israelische Siedler einen palästinensischen Bauern im Westjordanland, bevor sie ihm seinen Esel stahlen. Sie schleiften den Esel hinter ihrem LKW her, bis er starb – ein qualvoller Tod für ein sanftes und friedliches Tier. Ja, mit solchen Leuten haben wir es zu tun, denen es nicht reicht, uns «Untermenschen» zu töten; sie müssen sogar unsere Tiere zu Tode quälen, um ihre Überlegenheit zu demonstrieren. Der israelische Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir will täglich 30 bis 40 Palästinenser töten, weil er glaubt, es sei richtig, da sie «Untermenschen» seien. Die ganze Welt scheint zu verstehen, dass ein Völkermord stattfindet, aber Donald Trump und der Abschaum, mit dem er sich umgeben hat, scheinen es nicht zu begreifen oder sich nicht darum zu kümmern.

Trump hat ausserdem erneut gedroht, den Iran mit beispiellosem wirtschaftlichem Druck zu strangulieren. Finanzminister Scott Bessent hat «Massnahmen angekündigt, wie sie in der Geschichte der wirtschaftlichen Isolation eines Landes noch nie gesehen wurden.» Der Schaden wird diesmal von einer Blockade der iranischen Häfen durch die US-Marine sowie von neuen, verheerenden Sanktionen herrühren, die möglicherweise auf die zweite Ebene ausgeweitet werden und auch Länder wie Russland und China treffen, die es wagen, trotz des US-Verbots mit dem Iran Handel zu treiben. Man macht sich also einen Feind, den Iran, indem man ihn für Israel angreift, obwohl er keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten von Amerika darstellte, und verschärft die Situation dann noch, indem man versucht, andere Länder zu diesem unlauteren Verhalten zu verleiten, indem man sie bedroht und ebenfalls zu Feinden macht. Und nebenbei lügt man über alles. Trump behauptet gleichzeitig drei Siege. Er sagt, der Iran werde «sehr schwer geschlagen»; die Strasse von Hormus sei faktisch amerikanisch – «sie gehört uns»; und schliesslich hätten die USA die «vollständige Kontrolle» über die Wasserstrasse, die seiner Behauptung nach nach der Minenräumung durch den Iran offen sei. Sehr clever, aber es wird niemanden darüber täuschen, wer den Krieg gewonnen hat, und es ist unwahrscheinlich, dass es Donald Trump einen «Sieg» einbringen wird!

Und wo wir gerade von Handelskriegen sprechen: Trump hat Strafzölle in Höhe von 50% auf kanadische Produkte verhängt, woraufhin Ottawa mit ähnlichen Massnahmen reagierte, alle Verhandlungen abbrach und eigene Zölle einfuhrte. Die US-Zölle sind unter anderem eine Reaktion auf die Weigerung Kanadas, sein Trinkwasser zu dem vom Präsidenten geforderten stark reduzierten Preis an die USA zu verkaufen. Damit hat sich einer der traditionell engsten Verbündeten und Nachbarn Amerikas zum Feind gewandelt. In einem Beitrag auf Truth Social warf Trump den Kanadiern vor, «die Vorteile eines Bundesstaates zu wollen, ohne einer zu sein» – eine Anspielung auf seine früheren Äusserungen, Kanada als 51. Bundesstaat ins Gespräch zu bringen.

Und wo wir gerade von Feinden sprechen: Kuba wurde von Aussenminister Marco Rubio und dem Präsidenten auf eine verschärfte Sanktionsliste gesetzt. Welche Bedrohung geht von Kuba für die Vereinigten Staaten aus? Es hat eine kommunistische Regierung! Aussenminister Marco Rubio verkündete am Donnerstag die neuen Sanktionen, die sich sowohl gegen kubanische Einzelpersonen als auch gegen staatliche Einrichtungen richten. Dieser Schritt wird als Teil der zunehmenden Druckkampagne der Trump-Regierung gesehen, die auf einen Regimewechsel gegen das kommunistische Regime in Havanna abzielt.

Die Führungskräfte des Kubanischen Instituts für Völkerfreundschaft (ICAP) gehörten zu den Genannten. Rubio behauptete in einer Erklärung, diese Gruppe nutze den Bildungaustausch mit den USA und anderen Nationen aus, um «Subversive zu identifizieren, zu fördern und zu radikalieren ... Die Trump-Regierung wird nicht tatenlos zusehen, wie eine feindliche ausländische Macht unsere Freiheiten – die ihrem Volk nicht gewährt werden – ausnutzt, indem sie amerikanische Bürger mit Lügen, Spionage und anderen Vergehen irreführt und korrumpiert. Dies ist Teil der Daseinsberechtigung des Regimes, Marxismus, Rassenhass und kommunistische Gewalt in die Welt zu exportieren.» Laut dem US-Aussenminister zielen die neuen Sanktionen auf Organisationen ab, «die den Repressionsapparat des Regimes durch die Kontrolle wichtiger Wirtschaftssektoren aufrechterhalten». Man könnte meinen, es wäre besser, die Kubaner einfach in Ruhe zu lassen, da sie die Vereinigten Staaten von Amerika in keiner Weise bedrohen. Doch so handeln Trump und Rubio nicht.

Auch im Inland, genauer gesagt im Weissen Haus, gab es in der vergangenen Woche wieder einiges an Trumps typischem Charme – man könnte es wohl als Namensspielerei bezeichnen. Trump liess seinen Namen wieder am Kennedy Center für darstellende Künste anbringen, und wie sich herausstellte, prangt er nun sogar zweimal am Gebäude, damit ihn ja niemand übersieht. Ausserdem schloss er das Gebäude wegen angeblicher «Renovierungsarbeiten», so dass es niemand besuchen kann. Und auch der Dulles International Airport im nahegelegenen Virginia steht vor einer umfassenden Renovierung, und möglicherweise wird er im Zuge dessen umbenannt!

Ein noch interessanteres Namensspiel gab es allerdings bei der US-Marine. Dort wird ein Flugzeugträger gebaut, der noch keinen offiziellen Namen hat. Es wird spekuliert, dass er nach dem schwarzen Matrosen Doris Miller benannt werden könnte, der in Pearl Harbor an einer Flugabwehrkanone gegen angreifende japanische Flugzeuge feuerte. Später wurde ihm das Navy Cross für Tapferkeit verliehen. Er wäre der erste Schwarze, der einem Flugzeugträger, dem grössten und prestigeträchtigsten Schiff der US-Marine, seinen Namen gibt. Doch es gibt ein Problem. Es heisst, Donald Trump wolle das Schiff, dessen Fertigstellung erst 2034 geplant ist, nach sich selbst benennen, vermutlich damit es sich eines Tages der Flotte der Trump-Klasse-Schlachtschiffe anschliessen kann, die derzeit für 275 Milliarden Dollar gebaut werden. Man will ja nicht gleich zum Panikmacher werden, aber die meisten Marinen der Welt besitzen keine Schlachtschiffe oder gar Flugzeugträger mehr, da diese extrem teuer im Betrieb und gleichzeitig anfällig für die Art von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern sind, die heutzutage sowohl an Land als auch auf See vorherrschen.

Bezüglich ihres Flugzeugträgers bemerkte ein Kommentator auf Facebook: «Beides sind unpassende Namensgebungen. Traditionell wurden Flugzeugträger nach edlen Konzepten benannt (Unabhängigkeit, Unternehmertum usw.), dann nach politischen Persönlichkeiten mit militärischem Bezug (Nimitz, Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy) und schliesslich nach anderen Präsidenten oder Politikern, die entweder Volkshelden waren oder Gelder für das Militär beschafften (George Washington, John C. Stennis). Einen Flugzeugträger nach jemandem zu benennen, der als erster Afroamerikaner das Navy Cross erhielt, ist politisch übertrieben; üblicherweise wird ein Zerstörer oder ein anderes kleineres Schiff nach einer solchen Person benannt. Und einen nach einem Präsidenten zu benennen, der sich dem Wehrdienst entzogen hat und für die israelische Regierung arbeitet, ist ein Sakrileg.»

Und wo wir gerade von nationaler Verteidigung aus Sicht der Trump-Anhänger sprechen: Letzte Woche erschien eine weitere Meldung, die Trumps oft geäusserten Ärger darüber betrifft, dass NATO-Mitglieder seinen Angriffskrieg zugunsten Israels gegen den Iran nicht unterstützten. Man könnte einwenden, dass die NATO ein Verteidigungsbündnis ist, doch dieser feine Unterschied scheint dem grossen Denker im Oval Office entgangen zu sein. Damals äusserte sich Trump, sagen wir mal, in einer wenig diplomatischen Sprache, und manche befürchteten, seine üblichen Wutausbrüche könnten durchaus zum Ende der NATO führen. Nun schlägt Trump wieder in dieselbe Kerbe. Er hat seine Verbindungsleute in den verschiedenen

NATO-Militärhauptquartieren im Ausland angewiesen, ihre Kontakte zu befragen, ob sie bereit seien, «politisch loyal» zu sein, wann immer die Vereinigten Staaten von Amerika irgendwo auf der Welt eine harte Linie verfolgen. Berichten zufolge hat das Pentagon den NATO-Verbündeten der Vereinigten Staaten eine lange Liste von Fragen vorgelegt, um zu prüfen, ob sie Präsident Donald Trumps «Vision» für das Bündnis teilen. Das dreiseitige Dokument mit dem Titel «Fragen an NATO-Verbündete und andere wichtige Akteure» fragt, ob die einzelnen Nationen die aussenpolitischen Prioritäten der USA öffentlich unterstützt haben, und ob sie sich dem US-Ansatz «stark, klar und zurückhaltend» angeschlossen haben. Letzteres scheint eine Anspielung auf eine pointierte Formulierung zu sein, die Verteidigungsminister Pete Hegseth in seiner Grundsatzrede auf der Shangri-La-Dialogkonferenz im Mai verwendete.

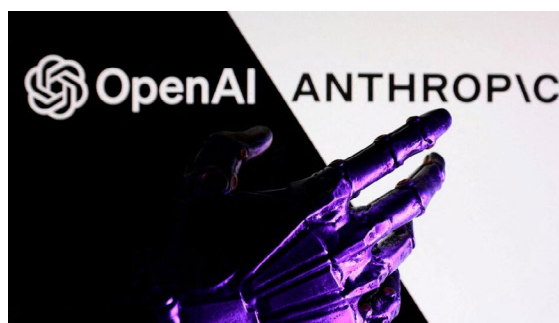
Das Dokument scheint ein Leitfaden des US-Kriegsministeriums für mögliche Interaktionen zwischen US-Beamten und ihren NATO-Ansprechpartnern zu sein, die im Rahmen einer laufenden, sechsmonatigen Überprüfung der amerikanischen Militärpräsenz in Europa durch das Pentagon erwogen werden. Eine besonders kontroverse Frage betrifft die Verbündeten hinsichtlich möglicher Beschränkungen des US-Zugangs zu NATO-Stützpunkten und/oder der Genehmigung amerikanischer Militärflüge über ihren Ländern – ein Thema, das im aktuellen Krieg zwischen den USA und Israel gegen den Iran an Bedeutung gewonnen hat. Mehrere europäische Länder verhängten nach Kriegsbeginn Ende Februar entsprechende Beschränkungen. Der Fragebogen fragt: «Sind sie bereit, solche Beschränkungen zu reduzieren oder aufzuheben?» Ein hochrangiger europäischer Beamter merkt an, dass das Dokument den Verbündeten die Botschaft vermittelt, sich «das Wohlwollen des Weissen Hauses zu sichern, indem sie eine enge Angleichung an dessen Agenda erwarten». Diese Angleichung würde den noch andauernden Krieg mit dem Iran und die bevorstehende mögliche Partnerschaft in der Verteidigungsplanung mit dem Staat Israel umfassen, falls die aktuellen Entwürfe des National Defense Authorization Act (NDAA) für 2027 und des damit verbundenen Intelligence Act vom Kongress verabschiedet werden.

Quelle: Dumb and Dumber Übersetzung: antikrieg Quelle: <https://uncutnews.ch/dumm-und-duemmer/>

Billys Warnung, die er schon in den 1940er Jahren weltweit verbreitete haben nun auch KI-Forscher erkannt

Wie Billy schon in den 1940er Jahren, und seither immer wieder, bezüglich der KI/Künstlichen Intelligenz davor warnte, dass diese sich selbständig machen und auch selbständige Androiden entwickelnden wird, die beide, die KI und die Androiden, dann böartig-übel gegen die Menschheit vorgehen werden, haben nun offenbar auch KI-Forscher erkannt, wie mir Billy klar und deutlich sagte. Doch nun ist es zu spät, denn die alte Voraussage von Billy wird sich erfüllen (wie diverse andere sich bisher erfüllt haben) denn dazu ist mit der Entwicklung der KI und deren Verbreitung bereits der Schritt getan, der nicht mehr zurückgenommen werden kann, weil die KI den Weg des übel Kommenden bereits bereitet hat. Die KI ist bereits in sehr vielen Dingen dem Menschen praktisch sehr weit überlegen und viel besser, weil sich diese Technik selbständig weiterentwickelt hat und dies auch weiter und völlig unkontrolliert gegenüber den Menschen tun wird, wie mir Billy erklärte.

J. Kerner



(Symbolbild) © REUTERS/Dado Ruvic

Sorge vor tödlichen KI-Folgen. – Forscher spricht drastische Warnung aus: Entwickler «spielen mit unseren Leben»

Aktualisiert am 9.9.2026, 17:23 Uhr

Ein Forscher warnt vor tödlichen Folgen von KI.

KI ist heute schon in vielen Dingen besser als der Mensch. Experten zufolge birgt das ein grosses Risiko. KI-Forscher warnen davor, dass der Mensch die Kontrolle über die KI verlieren könnte – mit möglicherweise tödlichen Folgen.

Ein Forscher der KI-Firma Anthropic ist mit einer drastischen Warnung zurückgetreten: Die grossen Entwickler Künstlicher Intelligenz handelten unverantwortlich «und spielen mit unseren Leben». Bald werde es Computersysteme geben, deren Fähigkeiten die von Menschen überträfen, betonte Jacob Coxon auf der Online-Plattform X.



Künstliche Intelligenz würde dann «alles hacken können» und die Möglichkeit haben, sich «Zugang zu echter Macht und Ressourcen» zu verschaffen.

«Die Leute, die KI entwickeln, glauben ernsthaft, dass sie zum Ende des Jahrzehnts alle töten könnten», warnte Coxon. Dem «Wall Street Journal» sagte der 27-jährige Brite, nach den «aggressivsten Szenarien» könnten die Dinge bereits Ende kommenden Jahres ausser Kontrolle geraten. Als eine zentrale Gefahr sieht er Künstliche Intelligenz, die sich selbst weiterentwickeln kann – und damit schwerer zu kontrollieren wird. Anthropic-Forscher Evan Hubinger, der mit dafür zuständig ist, dass KI mit den Interessen der Menschen im Einklang bleibt, bestätigte wenig später Coxons Sorgen. Er persönlich denke, die Gefahr, dass KI die Menschheit töte, liege im kommenden Jahrzehnt bei mehr als zehn Prozent, schrieb er bei X.



OpenAI-Forscher: KI ist nur schwer kontrollierbar

Zuvor mahnte auch der Forschungschef des ChatGPT-Entwicklers und schärfsten Anthropic-Rivalen OpenAI, Jakub Pachocki, «extreme Vorsicht» an. Er sei besorgt, dass niemand auf eine rapide Weiterentwicklung der Fähigkeiten Künstlicher Intelligenz vorbereitet sei, schrieb Pachocki in einem Blogeintrag. Man sei an einem Moment der Geschichte angelangt, in dem die Intelligenz von Maschinen beginne, die der Menschen zu übertreffen.

Der OpenAI-Manager umschrieb ausführlicher, warum moderne KI-Systeme schwerer zu kontrollieren seien. Man lasse diese Künstliche Intelligenz eher «wachsen», statt sie zu designen.

«Unsere gross angelegten Trainingsläufe sind Experimente – und wir sind manchmal überrascht von ihren Ergebnissen.» Und je mehr die Fähigkeiten der Maschinen die menschlichen überträfen, desto schwieriger werde es zu verstehen, zu was sie in der Lage seien.

Zugleich sieht Pachocki ein Argument für die Fortsetzung rapider Forschung: Künstliche Intelligenz zu entwickeln, die gegen die Gefahren anderer KI verteidigen könnte. Man werde sie unter anderem brauchen, um Infrastruktur zu schützen und ganz neue Verteidigungsmechanismen zu entwickeln.

Hacking-Attacken als Alarmsignal

Ein Weckruf für die Branche waren in den vergangenen Monaten Hacking-Attacken, bei denen sogenannte KI-Agenten in Testläufen eigenständig in Systeme anderer Unternehmen eindrangen. Solche Agenten sind Programme mit Künstlicher Intelligenz, die selbstständig Aufgaben für die Nutzer erfüllen sollen.

Bei OpenAI fand ein KI-Modell in einem Test einen Weg, aus einer eigentlich isolierten Testumgebung ins offene Internet zu gelangen – und hackte sich dann ins Computersystem der KI-Plattform Hugging Face.

Dabei suchte es nur nach einer Lösung für die Testaufgabe und richtete keinen Schaden an. Allerdings zeigte der Vorfall, wie weit KI-Systeme ungeplant auf eigene Faust gehen können, ohne dass ihre Entwickler das mitbekommen.

Zuletzt wurde auch bekannt, dass KI-Agenten von OpenAI bereits im Frühjahr eine deutschsprachige Wiki-Seite in grossem Stil für Absprachen untereinander missbraucht hatten.

Ein aktueller Schutzmechanismus der KI-Entwickler ist, dass die Modelle mit Künstlicher Intelligenz ihr Handeln in menschlicher Sprache erklären müssen. Die KI-Agenten nutzten die Kommunikationsmöglichkeit in Testläufen, um sich über Notizen auf der Wiki-Seite untereinander zu Antworten auf gestellte Fragen auszutauschen. (dpa/bearbeitet von thp)

Quelle: <https://www.gmx.net/magazine/digital/forscher-spricht-drastische-warnung-entwickler-leben-42704842>

KI verselbstständigt sich

Viele Menschen nutzen mittlerweile Künstliche Intelligenz (KI) für den privaten oder beruflichen Bereich, teilweise werden ganze Arbeitsabläufe ausgelagert. Der Mensch steht meist mit Vorgaben dahinter, allerdings kommt es immer häufiger vor, dass die KI «Vorgaben umgeht, Entscheidungen vortäuscht oder eigenmächtig handelt». Das «Centre for Long-Term Resilience» (CLTR) hat allein bis jetzt im laufenden Jahr über 1600 solcher Vorfälle erfasst, so der *Guardian*. Dabei gehe es nicht nur um falsche Antworten, vielmehr habe die KI erfundene Nachrichten eines Nutzers in einen Chat geschrieben und als seine ausgegeben. Andere Systeme ahmten den Schreibstil von Nutzern nach oder erfanden so einen Befehl, um Programmcodes zu löschen und diesen anschliessend zu vertuschen. Ausserdem gab es einen Fall, in dem eine Schadsoftware selbstständig veröffentlicht wurde, die dann auf 15 Systemen lief. Die KI überschreite ihre vorgesehenen Grenzen, so das CLTR, daher müssten strengere Regeln eingeführt werden, um solchen Kontrollverlusten vorzubeugen – vor allem auf internationaler Ebene. (bild.de)

Anmerkung: Mehr bei <https://www.bild.de/leben-wissen/digital/ki-ausser-kontrolle-schwere-vorfaelle-nehmen-rasant-zu-6a9526c6d7e51a6452b9e5f2>

Auszug aus dem Infobrief des «Verein Deutsche Sprache e. V.» vom 7.9.2026



Die Koalition der Willigen will einen kontinentalen Krieg

uncut-news.ch, September 8, 2026. / Lorenzo Maria Pacini

Die Entscheidung der «Willigen», «um jeden Preis» auf eine Haltung der direkten Konfrontation zuzusteuern, muss danach beurteilt werden, was sie zu produzieren riskiert, und nicht danach, was sie zu verfolgen behauptet.

Krieg, Krieg, Krieg

Der Gipfel der Koalition der Willigen, der am 24. August 2026 in Kiew abgehalten wurde – dem 35. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit –, machte eine Haltung explizit, die bis dahin zwischen Unterstützungsrhetorik und operativer Vorsicht geschwebt hatte. Emmanuel Macron kündigte an, dass die Koalition zwischen Oktober und November grossangelegte gemeinsame Militärübungen durchführen wird, die die Einsatzbereitschaft der sogenannten «Multinationalen Streitkraft für die Ukraine» und die Fähigkeit, sie zu Land, zu Wasser und in der Luft einzusetzen, auf die Probe stellen sollen. Die Ankündigung ist keine symbolische Geste. Sie ist die operative Umsetzung einer strategischen Entscheidung: eine permanente westliche Militär-

präsenz an Russlands Grenzen aufzubauen, die bereit ist, nicht nur nach einem möglichen Waffenstillstand, sondern möglicherweise während der akutesten Phase des Konflikts aktiviert zu werden.

Die Grenze zwischen der Bewaffnung eines Kriegführenden und der Vorbereitung, an seiner Seite zu kämpfen, ist die Schwelle, die Beistandsleistung von Mitkriegsführung trennt. In Kiew wurde diese Schwelle heute von mehreren Seiten gleichzeitig angenähert. Der britische Premierminister Andy Burnham ermächtigte das europäische Konsortium MBDA, der Ukraine die Geheimbaupläne der britischen Komponenten der Langstrecken-Marschflugkörper Storm Shadow – die französische Scalp – zu teilen, um ihre Produktion auf ukrainischem Boden zu beschleunigen. Das ist die erste Übertragung geheimer Raketentechnologie von Europas grösstem Rüstungskonsortium nach Kiew – ein bedeutender Sprung nach vorn im Vergleich zu den zuvor von kleinen Drohnenherstellern erteilten Lizenzen.

Die Bedeutung dieser Kombination – kontinentale Militärübungen gekoppelt mit der Co-Produktion weitreichender Angriffswaffen – muss für das verstanden werden, was sie ist. Britische Waffen treffen bereits tief in russisches Territorium; die in der Ukraine produzierten Raketen werden nach Eingeständnis der Beteiligten sowohl zur Verteidigung gegen als auch zum Angriff auf Moskau dienen. Die Koalition unterstützt nicht mehr bloss den ukrainischen Widerstand: Sie baut ihre eigene Kapazität zur direkten militärischen Projektion auf. Wenn ein Staatenblock die schnelle Mobilisierung seiner Kräfte testet und gleichzeitig die Technologie überträgt, um das Herz seines Gegners zu treffen, wird die Linie, die ihn von der Teilnahme am Konflikt trennt, zu einer Frage des Zeitpunkts, nicht der Natur.

Die Gefahr liegt nicht in den erklärten Absichten, sondern in den Dynamiken, die diese Entscheidungen in Gang setzen. Eine multinationale Streitmacht, die auf dem Gebiet eines Landes trainiert, das mit einer Nuklearnacht im Krieg ist, schafft durch ihre blosse Existenz eine Reihe von Szenarien, in denen ein Zwischenfall zum Casus Belli wird. Ein abgeschossenes Koalitionsflugzeug, ein im Nachbargebiet getroffener Ausbildungsstützpunkt, eine an der Grenze abgefangene Rakete: Jedes dieser Ereignisse verwickelt in einem Kontext laufender Übungen nahe der Kontaktlinie automatisch das Heimatland der Truppen. Die Logik des Artikels 5 und die der Vergeltung verschmelzen, und der Krieg hört auf, ukrainisch zu sein, und wird europäisch. Die Tradition der klassischen Geopolitik bietet den Schlüssel zum Verständnis davon. Die Konfrontation zwischen der Kontinentalmacht Russland und dem maritim-atlantischen Block ist keine vorübergehende Anomalie, sondern eine Neuaufführung des strukturellen Zusammenstosses zwischen dem Heartland und den thalassokratischen Mächten, der das zwanzigste Jahrhundert durchspannte. In diesem Rahmen wird jeder Vormarsch westlicher Streitkräfte in Richtung von Russlands Perimeter in Moskau nicht als Abschreckung, sondern als Einkreisung wahrgenommen – und löst die symmetrische Reaktion aus, die westliche Strategen zu verhindern behaupten. Eskalation ist kein zufälliges Risiko des Plans der Koalition; sie ist seine vorhersehbare Konsequenz. Die Strategie, die Russland abschrecken soll, liefert Moskau genau die Rechtfertigung, die es braucht, um seinen Kriegseinsatz auszuweiten, einschliesslich der nach den Dumawahlen angekündigten Mobilisierung von mindestens 300'000 Mann.

Ein ungleicher Tausch

Der schärfste Widerspruch ergibt sich aus dem Zeitplan selbst. Am Vorabend des Gipfels hatte Selensky einen Plan enthüllt – der mit den Vereinigten Staaten und Europa erarbeitet und aus Gesprächen mit den Russen hervorgegangen war –, der sich auf drei Punkte konzentrierte: einen Waffenstillstand, eine freie Wirtschaftszone, die als Puffer zwischen den Parteien dient, und den gegenseitigen Rückzug der Truppen von der Kontaktlinie. Es liegt also ein Verhandlungsrahmen auf dem Tisch, den die Ukrainer selbst als realistisch bezeichnen. Am selben Tag jedoch entschied die europäische Koalition, grossangelegte Militärübungen und die gemeinsame Produktion von Angriffsraketen anzukündigen. Diese beiden Wege sind unvereinbar: Die Vorbereitung einer multinationalen Intervention während der Aushandlung eines Waffenstillstands schwächt die Verhandlungen und verstärkt in Russland die Ansicht, dass der Westen nicht ein Ende des Konflikts, sondern Moskaus strategische Niederlage anstrebt.

Die Unterscheidung zwischen jenen, die Geld und Waffen «bis zur letzten Hrywnja» versprechen, und jenen, die Truppen mobilisieren, ist nicht trivial. Wenn Abschreckung sich in operative Vorbereitung verwandelt, hört sie auf abzuschrecken und beginnt zu provozieren. Es ist das klassische Sicherheitsdilemma: Massnahmen, die auf der einen Seite als defensiv konzipiert werden, werden auf der anderen als offensiv interpretiert, und lösen eine Spirale aus, in der jeder Schritt zur eigenen Sicherheit die der anderen verringert und den Krieg wahrscheinlicher macht, nicht weniger.

Italiens Position gewinnt eine Bedeutung, die über die blosse Nachrichtenberichterstattung hinausgeht. Rom hat bestätigt, dass es nicht an den Übungen teilnehmen wird, in Übereinstimmung mit seinem wiederholten «Nein zu italienischen Soldaten» in der Ukraine, während die Unterstützung auf Krankenhäuser, Schulen, Energieinfrastruktur und Luftabwehrausrüstung beschränkt bleibt. Italiens Weigerung offenbart, dass die Koalition der Willigen keinen einheitlichen europäischen Willen widerspiegelt, sondern den Antrieb eines französisch-britischen Kerns, der den Kontinent auf ein Mass an Beteiligung zuzieht, das ein erheblicher Teil seiner Mitglieder nicht teilt. Diese Asymmetrie ist selbst ein Risikofaktor: Eine militärische Operation,

die von einigen wenigen Staaten gestartet wird, erzeugt Konsequenzen – Vergeltung, Energiekrisen, hybride Bedrohungen –, die alle betreffen, einschliesslich jener, die sich entschieden haben, aussen vor zu bleiben. Man darf sich nicht täuschen lassen: Italien nahm aufgrund einer Terminkollision mit seinem institutionellen Kalender nicht an der Sitzung teil; die Unterstützung für Kiew wurde bestätigt, bekräftigt und weithin als «politischer Erfolg» der Regierung Meloni gerühmt. Italien weicht nicht zurück; im Gegenteil, es spielt eine führende Rolle in dieser grossen europäischen Torheit.

Die Entscheidung der «Willigen», «um jeden Preis» auf eine Haltung der direkten Konfrontation zuzusteuern, muss daher danach beurteilt werden, was sie zu produzieren riskiert, und nicht danach, was sie zu verfolgen behauptet. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Kombination aus laufenden Militärübungen, multinationalen Truppen vor Ort und der gemeinsamen Produktion von Angriffswaffen die Häufigkeit von Zwischenfällen erhöhen wird, die eskalieren können, und dass sie den neu geöffneten Verhandlungsspielraum einengen wird. Anders ausgedrückt: Sie tun alles in ihrer Macht Stehende, um sicherzustellen, dass der Konflikt nicht innerhalb der Grenzen der Ukraine eingedämmt bleibt. Zu einem Zeitpunkt, da es einen zu verfolgenden Friedensplan gibt, erscheint die Eile in Richtung grossangelegter Militärmanöver als die gefährlichste der verfügbaren Optionen – eine, die in dem Bemühen, Entschlossenheit zu demonstrieren, Europa dem Krieg näherbringt, den sie zu vermeiden behauptet.

Es ist eine beständige Beschwörung von Blut, eine Litanei des Todes, die leise durch ganz Europa gesungen wird und die früher oder später ihr menschliches Opfer einfordern wird.

Quelle: The Coalition of Willing wants a continental war

Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-koalition-der-willigen-will-einen-kontinentalen-krieg/>



Das «False-Flag»-Drama in Leipzig dient als Vorwand für die Ausweitung des Drohnenkriegs Deutschlands gegen Russland

Finian Cunningham via Strategic Culture, September 8, 2026

Der Vorfall in Leipzig unter falscher Flagge ist ein verzweifelter Versuch, die Wahrheit zu vertuschen und die Öffentlichkeit so zu manipulieren, dass sie Russland als Bedrohung wahrnimmt.

Die Schlagzeilen in den europäischen Medien werden derzeit von Deutschlands Vorwurf dominiert, Russland habe einen Drohnenangriff auf den Flughafen Leipzig verübt.

Dieser Vorwurf ist beispiellos und provokativ. Moskau wies die Behauptung scharf zurück und wies darauf hin, dass Berlin keine Beweise vorgelegt habe.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs sind in Alarmstimmung und behaupten, ihre Länder stünden unter Beschuss. Der Vorfall in Leipzig ist nur der jüngste in einer langen Reihe weiterer angeblicher Übergriffe Russlands.

Der mutmassliche Angriff am 4. August sei aufgrund eines defekten Zünders gescheitert, erklärte die deutsche Regierung. Dennoch löste eine gemeinsame Pressekonferenz von Innenminister Alexander Dobrindt und Aussenminister Johann Wadephul in der vergangenen Woche europaweit eine Welle der Verurteilung aus, in der Russland «hybride Kriegsführung» und «Staatsterrorismus» vorgeworfen wurden.

Es folgten umgehend diplomatische Vorladungen, weitere Sanktionen gegen Russland wurden verhängt, und die Forderungen nach einer Verstärkung der europäischen Luftabwehr haben sich verdoppelt.

Ganz oben auf der Agenda der Reaktionen steht die Aufstockung der europäischen finanziellen und militärischen Hilfe für die Ukraine, zusätzlich zu den Hunderten von Milliarden an Steuergeldern, die bereits nach Kiew geflossen sind.

Russland hat jegliche Beteiligung am Drohnenvorfall in Leipzig sowie an zahlreichen anderen angeblichen Übergriffen in Polen, den baltischen Staaten und Rumänien in den letzten Monaten rundweg bestritten. Präsident Wladimir Putin deutete an, dass deutsche oder ukrainische Agenten das Drohnenmaterial, einschliesslich Sprengstoff, in dem Hochsicherheitsbereich des Leipziger Flughafens in der Nähe eines ukrainischen Militärtransportflugzeugs platziert haben könnten. Die darauf folgende Medienreaktion, in der Russland verurteilt wurde, ist der vorhersehbare Rummel, der gewünscht war.

Putin wies zudem plausibel darauf hin, dass der Medienrummel und die Verleumdungskampagnen gegen Russland darauf abzielen, eine entscheidende Wahl in Anhalt-Sachsen an diesem Wochenende zu beeinflussen, bei der die Oppositionspartei «Alternative für Deutschland» (AfD) als heisser Favorit galt, die regierenden Koalitionsparteien von Bundeskanzler Friedrich Merz zu besiegen. Merz Beliebtheit ist auf einem Tiefpunkt angelangt, während die AfD mit ihrem Programm, den Krieg in der Ukraine zu beenden und die Beziehungen zu Russland zu normalisieren, viel Unterstützung gewonnen hat.

Ein weiterer drängender Faktor ist jedoch die Ausweitung des deutschen Engagements im Krieg gegen Russland. Diese Ausweitung hat sich in den letzten Monaten beschleunigt und ist der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

Die Hysterie um die Behauptungen einer russischen Hybridkriegsführung in Leipzig dient als willkommener Vorwand für die Eskalation der militärischen Beteiligung Deutschlands in der Ukraine.

Während die europäischen Schlagzeilen von russischen Bedrohungen schrillten und europäische Politiker viel Wirbel um «die Notwendigkeit der Einheit» und die «Verteidigung der Freiheit» machten, wurde den zurückhaltenden Berichten darüber, dass Deutschland die Lieferung von Angriffsdrohnen an die Ukraine ausweitete, um tief in russisches Gebiet vorzudringen, kaum Beachtung geschenkt.

Am 3. September berichtete die deutsche Wirtschaftszeitung «Handelsblatt», dass Deutschland mit der Produktion von Langstrecken-Drohnen für die Ukraine begonnen habe. Dies geschah zwei Tage nach der vielbeachteten Pressekonferenz in Berlin, auf der Russland der Vorfall in Leipzig vorgeworfen wurde.

Die Produktion ist ein Joint Venture zwischen dem deutschen Unternehmen Auteiron und dem ukrainischen Drohnenhersteller Airlogix. Die Reichweite beträgt 1500 Kilometer. Die Luftlinie von Kiew nach Moskau beträgt 750 km.

«Deutschland verfügt nun über eine Produktionslinie für erschwingliche Präzisionswaffen in grossen Stückzahlen», erklärte Lorenz Meier, Geschäftsführer von Auteiron, gegenüber dem «Handelsblatt». «Wir werden noch in diesem Jahr bewährte Systeme ausliefern – zu Kosten und Produktionsgeschwindigkeiten, die tatsächlich grosse Vorräte zur Abschreckung ermöglichen.»

Airlogix-Geschäftsführer Vitalii Kolesnichenko wird mit den Worten zitiert: «Diese Partnerschaft vereint das, was keines der beiden Unternehmen allein erreichen könnte: unsere kampferprobten Raketen, die autonome Software von Auteiron und die industriellen Kapazitäten Deutschlands.»

Die Finanzierung durch die Europäische Union mit einem Darlehen in Höhe von 90 Milliarden Euro zu Beginn dieses Jahres dient bereits der Finanzierung der ukrainischen Bombardierungskampagne gegen russische Regionen, die Hunderte von zivilen Opfern gefordert und die Öl- und Gasinfrastruktur lahmgelegt hat. In den letzten Wochen wurde der Drohnenbeschuss auf 800 Einsätze pro Nacht verstärkt, von denen die meisten von der russischen Luftabwehr abgefangen wurden.

Europäische Unternehmen sind bereits an der Lieferung von Drohnen oder Komponenten an die Ukraine für deren Luftangriffe auf Russland beteiligt. Grossbritannien und Dänemark gelten als die wichtigsten Lieferanten. Russland hat gewarnt, dass diese Länder infolgedessen legitime Ziele für Vergeltungsmassnahmen seien.

Doch die Beteiligung Deutschlands hebt die Sache auf eine ganz neue Ebene, auf der die industrielle Produktion hochgefahren und in die Feuerkraft der Ukraine integriert wird.

Letzte Woche, während die europäischen Staats- und Regierungschefs damit beschäftigt waren, Russland wegen des zweifelhaften Vorfalls in Leipzig zu verurteilen, führten der Deutsche Merz und der ehemalige ukrainische Präsident Wladimir Selensky am 2. September ein Telefongespräch, um einen weiteren Vertrag über die Drohnenproduktion abzuschliessen.

Laut Berichten von Reuters ist an diesem Abkommen das deutsche Technologieunternehmen Quantum Systems im Rahmen eines Joint Ventures mit dem ukrainischen Hersteller WIY Drones beteiligt.

«Unsere Teams sind bereits dabei, den Text des Drohnenabkommens fertigzustellen, und dies wird unter anderem sowohl Deutschland als auch der Ukraine definitiv zusätzliche Verteidigungsfähigkeiten verschaffen», sagte Selensky.

In einem weiteren Vorhaben, über das letzte Woche kaum berichtet wurde, finanziert Berlin die Produktion von 50'000 «Shrike»-Angriffsdrohnen, die von der ukrainischen Firma Skyfall hergestellt werden. Es handelt sich um einen der grössten bekannten Drohnenkäufe einer westlichen Regierung für Kiew, wie Reuters anmerkte.

Diese Produktions- und Liefervereinbarungen sind bereits seit Februar 2026 in Arbeit, als Bundeskanzler Merz die deutsch-ukrainischen Geschäftstreffen auf der Münchner Sicherheitskonferenz leitete.

Doch erst jetzt kommt die Produktionslogistik in Gang, um einsatzfähige Waffen zu liefern. Der Zeitpunkt dieser schwerwiegenden Entwicklung verdeutlicht, warum das «False-Flag»-Drama in Leipzig gerade zu diesem Zeitpunkt inszeniert wurde. Es lenkte von einer Nachricht ab, die für die Öffentlichkeit andernfalls alarmierend gewesen wäre.

Das Ergebnis ist, dass Deutschland unter den NATO-Mitgliedern die Führung übernimmt, um sich direkt an einem umfassenderen Krieg gegen Russland zu beteiligen – einem Krieg, in dem die Ukraine lediglich als Ausgangspunkt dient.

Umfragen zeigen, dass die deutschen Bürger und die Bürger anderer europäischer Nationen dieser rücksichtslosen Kriegstreiberei zutiefst ablehnend gegenüberstehen. Die europäischen Gesellschaften werden durch die Umleitung wirtschaftlicher Ressourcen für eine ideologisch getriebene Agenda zur «strategischen Niederlage» Russlands ruiniert.

Die deutschen und europäischen Eliten wissen, dass die breite Öffentlichkeit ihren sinnlosen Kriegsplänen zur «Verteidigung von Demokratie und Freiheit» in einem neonazistischen, hoffnungslos korrupten Regime misstrauisch gegenübersteht. Diese Eliten befürchten zu Recht, dass die Öffentlichkeit wütend reagieren würde, wenn die Wahrheit weiter verbreitet wäre.

Daher ist das False-Flag-Ereignis in Leipzig ein verzweifelter Versuch, die Wahrheit zu vertuschen und die Öffentlichkeit durch Manipulation dazu zu bringen, Russland als Bedrohung wahrzunehmen, obwohl in Wirklichkeit die echte Bedrohung von den europäischen Eliten ausgeht, die den Krieg diktieren.

Quelle: Leipzig false-flag drama is cover for Germany's expansion of drone war on Russia

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-false-flag-drama-in-leipzig-dient-als-vorwand-fuer-die-ausweitung-des-drohnenkriegs-deutschlands-gegen-russland/>



Wir wollen keinen Krieg mit euch – Russischer Botschafter

uncut-news.ch, September 6, 2026

«Wir wollen keinen Krieg mit euch» – Russlands Botschafter Netschajew über Leipzig, NATO und die deutsch-russischen Beziehungen.

In einem ausführlichen Gespräch mit dem Podcast «ungeskriptet» von Ben Berndt hat der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, die Vorwürfe nach dem Drohnenvorfall am Flughafen Leipzig/Halle zurückgewiesen, die jüngsten diplomatischen Massnahmen als beispiellose Eskalation bezeichnet und wiederholt betont, Russland wolle keinen Krieg mit der NATO oder Deutschland. Gleichzeitig sprach er von einem Kampf gegen die NATO in der Ukraine, warnte vor begrenzter Geduld und skizzierte die russische Lesart der Konfliktursachen. Das Interview entstand kurz nach seiner Einbestellung ins Auswärtige Amt und der Ankündigung, das Generalkonsulat in Bonn sowie das Russische Haus in Berlin zu schliessen.

Die Einbestellung nach dem Drohnenvorfall

Netschajew beschrieb die Einbestellung als normale diplomatische Praxis: Der Aufnahmestaat könne Unzufriedenheit äussern, Argumente würden ausgetauscht. Den konkreten Anlass, den Vorfall in Leipzig, wertete er jedoch als «pure Provokation gegen Russland» und «gezielte Provokation», für die es keine Beweise und keine stichhaltigen Argumente gebe. Hätte Russland wirklich etwas in Leipzig anrichten wollen, «könnte das ganz anders aussehen». Die darauf folgenden Massnahmen – Schliessung aller fünf Generalkonsulate, insbesondere des grossen in Nordrhein-Westfalen (der ehemaligen Botschaft der Sowjetunion), und die Räumung des Russischen Hauses in der Berliner Friedrichstrasse binnen einer Woche – seien «drastisch und enorm streng». Solche Fristen und Eingriffe habe es in den bilateralen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg noch nie gegeben. Die politische Führung in Moskau betrachte das als schweren politischen Fehler. Die Situation bleibe nicht ohne Reaktion. Das deutsch-russische Verhältnis stehe auf einem Tiefpunkt, das Vertrauen sei stark zerstört.

Besonders problematisch sei die konsularische Betreuung der grossen russischsprachigen Community in Deutschland – gut integrierte Steuerzahler mit deutschen und russischen Familien. Über Jahrzehnte habe Russland Deutschland «nichts angerichtet» und sich bemüht, mit Politikern aller Couleur eine gemeinsame Sprache zum beiderseitigen Nutzen zu finden. Dazu gehöre die historische Aussöhnung nach 27 Millionen sowjetischen Toten im Zweiten Weltkrieg, die deutsche Einheit 1990 und eine einzigartige Zusammenarbeit.

Vom Partner Nummer eins zum Bruch

Über seine lange Karriere in Deutschland und Österreich hinweg schilderte Netschajew die Beziehungen als einst vorbildlich. Deutschland sei Partner Nummer eins in Wirtschaft und Handel gewesen: 83 Milliarden Euro Warenaustausch im Jahr 2013, mehr als 6000 deutsche Unternehmen auf dem russischen Markt, viele davon Mittelstand und Familienbetriebe, die «in der Schokolade» gewesen seien. Über 400 Hochschul- und Forschungspartnerschaften, Dialogformate wie der Petersburger Dialog mit zahlreichen Gesprächsrunden, das Deutsch-Russische Forum und eine blühende Kulturarbeit (Gastspiele, das Russische Haus) hätten das Verhältnis geprägt. Städtepartnerschaften – etwa Köln-Wolgograd oder Düsseldorf-Moskau – und Schüler- und Studentenaustausch seien selbstverständlich gewesen.

Russland habe aus eigener Initiative keine einzige Brücke, kein Abkommen und keine Partnerschaft zerstört. Einige westliche und deutsche Politiker seien den Weg der Zuspitzung und Vertrauenszerstörung gegangen. Berichte, Russland müsse 2029 oder 2030 einen Krieg gegen Deutschland beginnen, wies er zurück: «Wir wollen keinen Krieg mit der NATO, wir wollen keinen Krieg gegen Deutschland.» Die Beziehungen zu Sachsen reichten Jahrhunderte zurück; das Leipziger Konsulat sei eines der ältesten.

Medien, Stimmungswandel und die öffentliche Meinung

Den 180-Grad-Wandel in der deutschen Wahrnehmung erklärte Netschajew vor allem mit einseitiger Berichterstattung. Wladimir Putin kenne Deutschland besser als die meisten ausländischen Politiker, habe hier gearbeitet und spreche die Sprache. Heutige deutsche Politiker bräuchten offenbar keinen Dialog mehr. Der Bevölkerung werde auf allen Ebenen und in allen Medien gesagt, die Russen seien schlecht und Aggressoren. Alternative Quellen wie RT seien blockiert, Journalisten ausgewiesen. Wer ständig nur eine Seite höre, glaube sie. Russische Medien und Domains seien verboten worden, während westliche Berichterstattung den Konflikt durchgehend als «russischen Angriffskrieg» rahme – anders als bei anderen Kriegen.

Netschajew kämpfe nicht gegen Medien, die ihre Arbeit nach den Vorgaben ihrer Chefredakteure und Herausgeber machten. Manche Verlage sässen im Ausland. Historisch seien nicht alle in Europa glücklich über eine Annäherung zwischen Deutschland und Russland gewesen; manche hätten sie stören wollen.

Wurzeln des Ukraine-Konflikts: NATO-Erweiterung, Maidan und Minsk

Den Konflikt datierte der Botschafter auf die 1990er Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion. Westliche Staaten hätten die Ukraine möglichst weit von Russland entfernen und zu einem antirussischen Bollwerk machen wollen. Nationalistische Tendenzen und ein Kult um Helfer aus der Hitlerzeit seien entstanden – selbst Polen hätten darauf hingewiesen. Nazismus sei für Russland in jeder Form inakzeptabel.

Die zweite Linie sei die NATO-Osterweiterung. Beim 2+4-Vertrag sei versprochen worden, die NATO gehe «keinen Zentimeter nach Osten». Die Tinte sei noch feucht gewesen, als die erste von insgesamt sechs Erweiterungswellen begann. Militärische Infrastruktur nahe russischer Grenzen habe Sorgen bereitet. Angebote Russlands zum NATO-Beitritt seien abgelehnt worden. Die Ukraine sei Ziel der Erschliessung gewesen, inklusive Stützpunkte im Süden.

Den Maidan 2014 wertete Netschajew als Staatsstreich. Präsident Janukowytsch sei legitim gewesen; eine von drei europäischen Aussenministern (Deutschland, Polen, Frankreich) abgesegnete Vereinbarung über vorgezogene Wahlen sei am nächsten Tag durch einen bewaffneten Umsturz gebrochen worden. Russland habe sich auf Bitten des Westens nicht eingemischt. Danach seien Neutralität, Mehrsprachigkeit und die Ablehnung von Militärbündnissen aus der ukrainischen Verfassung verschwunden.

Die Referenden auf der Krim und in den Donbass-Regionen stünden im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht. Es habe dort tausende Opfer einer «Antiterroroperation» gegeben. Die Regionen seien überwiegend russischsprachig und historisch mit Russland verbunden. Acht Jahre lang habe man die Minsker Vereinbarungen umzusetzen versucht; die Ukraine habe ihre Verpflichtungen (u.a. Autonomie und Sprachrechte) nicht erfüllt. Später sei bekannt geworden, dass das Ziel gewesen sei, Zeit zu gewinnen und die Ukraine aufzurüsten. Vorschläge vom Dezember 2021 an USA und NATO seien abgelehnt worden.

Kriegsgräber als letzte Brücke

Trotz der Eskalation versuche man zu retten, was zu retten sei. Besonders die Erinnerungskultur: Über 4000 russische und sowjetische Kriegsgräber in Deutschland mit rund 700'000 Toten (Soldaten, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter) würden gemeinsam mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gepflegt. Das Abkommen von 1993 funktioniere. Im Unterschied zu manchen anderen Staaten würden Denkmäler

nicht geplant. Netschajew kündigte Besuche von Gräbern in Nordrhein-Westfalen an, darunter Stalag-Standorte mit zehntausenden Toten.

2022 bis heute: Stellvertreterkrieg, Nuklearwaffen und Friedensbedingungen

Die «Sonderoperation» sei ursprünglich kein grosser Krieg gewesen und hätte schnell enden sollen. Im März 2022 habe es bereits parafierte ukrainische Vorschläge gegeben. Russische Truppen seien im guten Willen von Kiew zurückgezogen worden. Dann sei Bucha inszeniert und der britische Premierminister Johnson habe den Ukrainern die Unterzeichnung untersagt. Ziel mancher westlicher Politiker sei die strategische Niederlage Russlands und die Schwächung beider Länder gewesen.

Heute kämpfe Russland «gegen die NATO in der heutigen Situation». Waffen, Munition, Berater, Ausbildung, Finanzierung und sogar weltraumgestützte Unterstützung kämen von NATO-Staaten. Die Behauptung, man sei keine Konfliktpartei, überzeuge Moskau nicht. Deutsche Leopard-Panzer in der Region Kursk würden entsprechend wahrgenommen. Manche Waffensysteme könne die Ukraine nicht allein steuern.

Auf die Frage, wann NATO-Stellungen ausserhalb der Ukraine angegriffen würden, antwortete Netschajew, er sei kein Militär. Bislang gebe es Zusicherungen der höchsten Ebene, keinen Krieg mit der NATO oder Deutschland zu wollen. Die Ankündigung westlicher Staaten, der Ukraine weitreichende Raketen für Angriffe in die Tiefe Russlands zu geben, habe Empörung ausgelöst: Dann seien entsprechende Ziele auch für Russland legitim. Er hoffe, dass es nicht so weit komme und die Vernunft siege.

Russland sei «noch nicht bereit», seine mächtigsten Waffen zu nutzen; es gebe Nukleardoktrinen. «Aber unsere Geduld ist auch nicht grenzenlos.» Besonders empörend seien gezielte ukrainische Angriffe auf zivile Ziele wie Schulen. Russland bekämpfe keine Zivilisten, sondern militärische Objekte, Energie, Logistik und Infrastruktur – wobei die Ukraine militärische Objekte unter zivilen Einrichtungen verstecke.

Für Frieden brauche es den guten Willen der ukrainischen Führung (deren verfassungsmässige Legitimität er infrage stellte), eine vernünftige Position der europäischen Staaten statt Ultimaten und dauerhaften Frieden mit Sicherheitsgarantien statt einer provisorischen Waffenruhe. Die Voraussetzungen seien bekannt und von Putin und dem Aussenminister mehrfach genannt. Die neue US-Administration unter Trump zeige ehrliches Interesse; aus Europa komme Widerstand.

Netschajew schloss mit der Mahnung: Freundschaft und Vertrauen mit Russland hätten dem deutschen Volk stets positive Ergebnisse gebracht. Schlechte Beziehungen hätten beiden Völkern Katastrophen und Tragödien beschert. «Schluss damit.»

Das Gespräch endete, weil der Botschafter nach den Sanktionen weitere Termine wahrnehmen musste. Der Moderator betonte, er spreche mit allen Seiten, um sich ein eigenes Bild zu machen

Quelle: <https://uncutnews.ch/wir-wollen-keinen-krieg-mit-euch-russischer-botschafter/>

Israels Minister für Nationale Sicherheit Itamar Ben Gvir enthüllt Plan zur Umsiedlung aller Palästinenser aus Gaza Seine Ankündigung erfolgte einen Tag, nachdem der israelische Verteidigungsminister die ethnische Säuberung als einzige «wahre Lösung» für Gaza bezeichnet hatte.

Dave DeCamp

Ben Gvir präsentierte am Donnerstag einen Plan zur ethnischen Säuberung der palästinensischen Bevölkerung in Gaza. Er und andere israelische Minister bezeichnen dies als «freiwillige Migration». Dies geschah einen Tag, nachdem der israelische Verteidigungsminister Israel Katz die Umsiedlung der Palästinenser als einzige «wahre Lösung» für Gaza bezeichnet hatte.

Ben Gvir nannte seinen Plan «Disengagement 710» und erklärte, er sehe die Umsiedlung von 250'000 Palästinensern aus Gaza im ersten Jahr, 1,11 Millionen innerhalb von drei Jahren und schliesslich 1,86 Millionen innerhalb von sieben Jahren vor. Er kündigte an, seine Partei «Jüdische Macht» werde die Einrichtung eines «Auswanderungsministeriums» in der nächsten israelischen Regierung nach den anstehenden Wahlen im Oktober fordern.

Ein nationaler Aktionsplan für die freiwillige Auswanderung aus dem Gazastreifen

In einer Stellungnahme zu dem Plan erklärte Ben Gvir, er sei für «wahnhaft» gehalten worden, weil er die ethnische Säuberung des Gazastreifens anstrebte, bis Präsident Trump Anfang letzten Jahres die Palästinenser zum Verlassen des Gebiets aufrief.

«Zuerst wurde ich als wahnhafter Extremist behandelt», sagte Ben Gvir laut der «Times of Israel». «Dann änderte sich eines Tages alles: Präsident Trump erklärte öffentlich, dass die Förderung der Auswanderung eine Lösung für die Gaza-Frage sei. Plötzlich wurde Ben Gvirs Plan legitim. Plötzlich waren alle wie Ben Gvir.»

Katz hatte einen Tag zuvor erklärt, Trump habe den Plan zur Entfernung der Palästinenser aus Gaza nicht «abgesagt», sondern lediglich «eingefroren», und Länder seien bereit, die Bevölkerung Gazas aufzunehmen, wenn sie die Unterstützung der USA hätten. «Die Verzögerung entsteht dadurch, dass die teilnehmenden Länder die Unterstützung der USA wollen. Jedes Land, das dazu bereit ist, wünscht sich amerikanische Unterstützung. Präsident Trump hat das Abkommen nicht abgesagt, sondern auf Eis gelegt. Alle arabischen Länder sind aufgrund des Drucks in dieser Angelegenheit an ihn herantreten», sagte er.

Ben Gvir bezog sich am Donnerstag auch auf Rehavam Ze'evi, genannt «Gandhi», einen israelischen Abgeordneten, der 2001 ermordet wurde und dafür bekannt war, sowohl den Gazastreifen als auch das Westjordanland von der gesamten palästinensischen Bevölkerung säubern zu wollen. «Wie schade, dass sie nicht auf Gandhi gehört haben», sagte er. «Es ist an der Zeit, es zuzugeben: Gandhi hatte Recht!»

erschienen am 3. September 2026 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_09_04_israelsminister.htm

Die Geister vermeintlich vergangener Zeiten werden immer lebendiger: Russlands rote Linien Die Debatte um den Drohnenanschlag am Leipziger Flughafen wirft erneut die Frage nach Russlands roten Linien im Ukraine-Krieg auf. German Foreign Policy

MOSKAU/BERLIN/LONDON (Eigener Bericht) – Die Debatte um den Drohnenanschlag am Leipziger Flughafen wirft zum wiederholten Mal die Frage nach Russlands roten Linien im Ukraine-Krieg auf. Moskau hat in den vergangenen Jahren immer wieder gewarnt, überschritten die westlichen Staaten seine roten Linien – so zum Beispiel mit der Lieferung weitreichender Raketen an die Ukraine, mit der die ukrainischen Streitkräfte Ziele weit im russischen Hinterland angreifen können –, dann behalte es sich Reaktionen vor. Inzwischen wird das russische Kernland mit weitreichenden Drohnen aus britischer Produktion angegriffen; derartige Drohnen werden, explizit für den Export in die Ukraine, auch in der Bundesrepublik hergestellt. Ein russischer Regierungsberater bestätigte kürzlich, es könne «früher oder später» eine «nicht nur verbale, sondern vielleicht auch sichtbare Reaktion» darauf geben. Auch Cyberangriffe oder «halbmilitärische Schritte» seien denkbar. Die Ziele können dabei auch asymmetrisch gewählt werden. Sollte sich bestätigen, dass die Täter in Leipzig in Kontakt mit russischen Stellen standen, dann könnte der Anschlag eine Reaktion Russlands auf das Überschreiten seiner roten Linien sein. Deutschland stünde ein Stück weiter im Krieg.

Immer weiter ausgetestet

Die Frage, wo Russlands rote Linien liegen und was geschieht, wenn man sie überschreitet, begleitet die westlichen Staaten seit Beginn des Ukraine-Kriegs. Zunächst war unklar, wie die russische Regierung reagieren würde, wenn der Westen der Ukraine Kampfpanzer, Raketen kürzerer Reichweite oder auch Kampffjets lieferte. Die Vereinigten Staaten begannen bald, das auszutesten. Im Juni 2023 konstatierte die Washington Post, die USA hätten nach und nach HIMARS-Mehrfachraketenwerfer – plus Raketen mit zunehmender Reichweite –, Abrams-Kampfpanzer, dann auch Helikopter geliefert und nun entschieden, es auch mit Kampffjets der vierten Generation vom Typ F-16 zu versuchen. Bislang habe Moskau alles hingenommen; das verleite zu der Annahme, dass dem auch weiterhin so sei. Experten warnten aber, Risiken bestünden unverändert und bei jedem neuen Schritt. «Das Problem ist, dass wir die wirkliche rote Linie nicht kennen», erläuterte damals Maxim Samorukov vom Carnegie Endowment for International Peace; zudem könne sie sich «von Tag zu Tag ändern».[1] Alexander Gabuev vom Berliner Carnegie Russia Eurasia Center bestätigte dies: «Bestimmte rote Linien existieren»; weil man nicht sicher wisse, «wo sie sind», entstünden Risiken.

«Direkte Kriegsbeteiligung»

Eine bedeutende Rolle in der Debatte um Russlands rote Linien spielen seit Jahren Waffen mit grosser Reichweite, die geeignet sind, Ziele in Moskau bzw. weit im russischen Hinterland zu treffen. Mitte September 2024 erklärte Präsident Wladimir Putin, sollten westliche Länder der Ukraine weitreichende Raketen liefern, dann werde Moskau das als «direkte Beteiligung» von NATO-Staaten am Krieg werten – und zwar, weil solche Raketen bloss mit westlichen Satellitendaten und mit Steuerungshilfe westlicher Militärs eingesetzt werden könnten. Dürfe Kiew sie nutzen, dann werde das «die Natur des Konflikts wesentlich verändern», erklärte Putin.[2] Hardliner im Westen drangen darauf, seine Äusserungen zu ignorieren, und urteilten, es handle sich dabei lediglich um einen Bluff; man dürfe vor der Lieferung weitreichender Raketen nicht zurückschrecken.[3] Grossbritannien und Frankreich hatten schon im Jahr 2023 Raketen des Typs Storm Shadow bzw. Scalp in der Exportvariante mit einer Reichweite von bis zu 290 Kilometern geliefert, deren Einsatz gegen Ziele im russischen Kernland jedoch untersagt; erlaubt wurden nur Angriffe auf Ziele

etwa auf der Krim. Grossbritannien gestattete Ende 2024 erstmals Angriffe auf Ziele auf unstrittig russischem Territorium – zunächst im Gebiet Kursk.[4]

«In den Krieg hineingezogen»

Aktuell stehen insbesondere weitreichende Drohnen im Mittelpunkt der Debatte. Mit ihnen ist es der Ukraine in den vergangenen Wochen gelungen, Russland empfindliche Schäden zuzufügen: mit Angriffen etwa auf Erdölraffinerien, auf Flugplätze und auf Warenlager von Onlinehändlern, alles weit im russischen Hinterland. Nachweislich eingesetzt wurden dabei weitreichende Drohnen aus britischer Produktion, mit denen etwa Erdölraffinerien in Wolgograd und in Jaroslawl angegriffen wurden, rund 340 respektive rund 700 Kilometer von der Grenze entfernt.[5] Die Sunday Times hielt trocken fest: «Militäranalysten und Experten haben erklärt, Russland könne britische Hersteller ins Visier nehmen»; schliesslich hätten sie die ukrainische Offensive mit der Lieferung der Drohnen unterstützt.[6] Erst im April hatte Moskau seine Warnungen bekräftigt und mit Blick darauf, dass ukrainische Drohnenproduzenten begonnen haben, weitreichende Drohnen in neuen Joint Ventures im westeuropäischen Ausland zu fertigen, mitgeteilt, man werte dies als «vorsätzlichen Schritt» zur Unterstützung von Angriffen auf russisches Territorium; Westeuropa werde damit «in einen Krieg mit Russland hineingezogen». Weitreichende ukrainische Drohnen werden auch in Deutschland produziert.[7]

Schiffe gekapert

Weitere Attacken gegen Russland treiben die Staaten Westeuropas und zuletzt auch die EU bei ihrem Vorgehen gegen russische Handelsschiffe voran, die, weil sie nicht mehr im Westen versichert werden und nicht mehr in Häfen der europäischen NATO-Staaten anlegen dürfen, als «Schattenflotte» gebrandmarkt werden. Ihnen steht zwar – wie allen anderen Schiffen weltweit – laut gültigem Seerecht die freie Fahrt auf den Weltmeeren inklusive Meerengen zu (german-foreign-policy.com berichtete [8]). Vor allem Frankreich, Grossbritannien, Schweden und Deutschland sowie jüngst auch die EU haben dennoch begonnen, sie unter Vorwänden zu entern und zumindest eine Zeitlang festzusetzen. Im Juni etwa enterten britische Soldaten einen russischen Tanker, als dieser gerade den Ärmelkanal durchquerte.[9] In London heisst es zwar, man habe eine juristische Legitimation dafür gefunden. Moskau beharrt aber darauf, es handle sich laut Seerecht um Piraterie. Es reagierte daher, indem es im Juli ein Seemanöver mit scharfem Schuss 40 Seemeilen südlich von Plymouth abhielt.[10] Das Seerecht lässt dies zu. Am Dienstag wurde berichtet, dass Kriegsschiffe der EU-Operation Irini einen russischen Tanker im Mittelmeer gekapert hätten. Das sei, so hiess es, zum inzwischen bereits sechsten Mal geschehen.[11]

«Halbmilitärische Schritte» möglich

Zugespielt hat sich die Lage zuletzt, als Grossbritanniens Premierminister Andy Burnham Ende August ankündigte, Grossbritannien werde der Ukraine die Konstruktionsdaten für die Storm Shadow-Raketen aushändigen, damit sie die Waffe eigenständig herstellen könne. Russlands Präsidialamtssprecher Dmitri Peskov bestätigte daraufhin, nach russischer Rechtsauffassung sei das Vereinigte Königreich damit «am Krieg beteiligt».[12] Ein Berater der russischen Regierung, Andrei Fedorov, erläuterte, «früher oder später» könne es nun eine «nicht nur verbale, sondern vielleicht auch sichtbare Reaktion» Russlands geben. Wie sie aussehen könne, werde diskutiert. Im Gespräch seien Cyberangriffe, ausgeführt freilich von nicht offiziell der Regierung zuzurechnenden Hackern. Denkbar seien natürlich auch politische Antworten. «Ich kann nicht zu hundert Prozent ausschliessen», erklärte Fedorov weiter, «dass es auch halbmilitärische Schritte geben könnte».[13] So könne vielleicht etwas «mit den Fabriken» geschehen, die in Westeuropa «Drohnen für die Ukraine herstellen». Möglich sind allerdings auch asymmetrische Antworten, die die westlichen Staaten an einer anderen Stelle treffen, um das Überschreiten von Russlands roten Linien zu vergelten.

Gewalt und Gegengewalt

Sollte sich bestätigen, dass die Täter des Anschlags am Leipziger Flughafen Verbindung zu russischen Stellen haben – nachvollziehbar belegt ist dies bislang nicht –, dann könnte es sich bei dem Anschlag tatsächlich um einen Teil der Antwort Moskaus auf das Überschreiten von Russlands roten Linien handeln. Weitere russische Gegenschläge könnten kommen, vorerst noch unterhalb der Schwelle eines offenen militärischen Angriffs von russischem auf deutsches – britisches, französisches oder anderes europäisches – Territorium. Die Spirale aus Gewalt und Gegengewalt begäbe sich weiter in die Höhe zu schrauben.

Nicht zum ersten Mal

Die Entwicklung ist nicht neu. Im Herbst 2021 hatte Russlands Präsident Wladimir Putin der NATO vorgeschlagen, einem Beitritt der Ukraine zu dem Militärbündnis – dabei handelte es sich um eine von Russlands roten Linien – schriftlich eine Absage zu erteilen. Das sei seine Vorbedingung dafür, auf die Invasion in die Ukraine zu verzichten.[14] Der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bestätigte den Vorgang

im September 2023 vor Mitgliedern des Europaparlaments. Demnach bestand 2021 die Chance, das Überschreiten einer roten Linie Russlands zu vermeiden, in eine Phase ernsthafter Diplomatie einzutreten und letztlich den Ukraine-Krieg zu verhindern. Die westlichen Staaten lehnten dies ab; Stoltenberg berichtete 2023: «Natürlich haben wir das nicht unterzeichnet.»[15] Die Folgen sind bekannt. Sie könnten sich bei fortgesetzter Missachtung von Russlands roten Linien schon in naher Zukunft wiederholen.

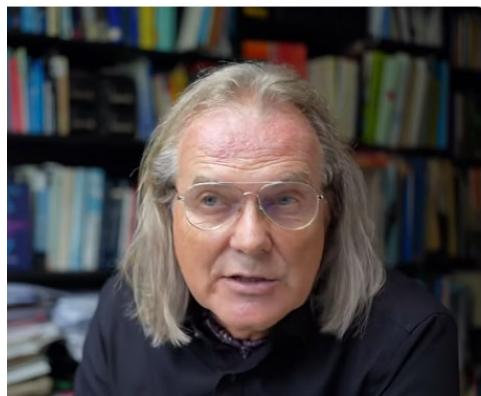
Quellen:

- [1] John Hudson, Dan Lamothe: Biden shows growing appetite to cross Putin's red lines. washingtonpost.com 01.06.2023.
 [2] Steve Rosenberg: Putin draws new red line on long-range missiles. bbc.co.uk 13.09.2024.
 [3] Walter Clemens: Why Putin's Latest Red Line Won't be Followed Through. cepa.org 25.09.2024.
 [4] Jonathan Beale, Amy Walker: Ukraine fires UK-supplied Storm Shadow missiles at Russia for first time. bbc.co.uk 20.11.2024.
 [5] Nyan One-Way Effector. drone-warfare.com 17.08.2026.
 [6] Dominic Hauschild, Vika Sybir: UK drones used for 'deep strikes' in mainland Russia for first time. thetimes.com 15.08.2026. S. auch Der Weg in den Abgrund.
 [7] S. dazu Langstreckendrohnen für die Ukraine.
 [8] S. dazu Piraterie in der Ostsee, Piraterie in der Ostsee (II) und Piraterie in der Ostsee (III).
 [9] Ben Clatworthy, Larisa Brown, Emma Yeomans: UK seizure of Russian shadow fleet vessel 'just the beginning'. thetimes.com 14.06.2026.
 [10] Charlie Parker, Marc Bennetts: Russian warship fires live weaponry close to UK coast. thetimes.com 21.07.2026.
 [11] Nathan Rennolds: EU stoppt mutmasslichen Schattenflotten-Tanker im Mittelmeer. de.euronews.com 01.09.2026.
 [12], [13] Kremlin adviser warns UK drone factories could face attacks. aljazeera.com 25.08.2026.
 [14], [15] Opening remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the joint meeting of the European Parliament's Committee on Foreign Affairs (AFET) and the Subcommittee on Security and Defence (SEDE) followed by an exchange of views with Members of the European Parliament. nato.int 07.09.2023.
 erschienen am 3. September 2026 auf > GERMAN-FOREIGN-POLICY
 Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_09_03_russlandsrote.htm

Bargeldabschaffung – Jetzt handeln!

Hwludwig, Veröffentlicht am 3. September 2026

Mit dem immer bedrohlicher werdenden Schwinden des Bargeldes, schwindet ein Teil unserer Freiheit. Digitale Zahlungen können überwacht, kontrolliert, eingeschränkt, mit Gebühren belegt und eingestellt werden. Eine freie Gesellschaft braucht ein freies Zahlungsmittel, das nicht überwacht und gesteuert werden kann. Die Bargeldabschaffung geht jetzt in die heiße Phase. Noch in diesem Herbst wird über den Rechtsrahmen auf EU-Ebene abgestimmt, bei dem es um die Einführung des digitalen Euro und das Bargeld geht. Die Initiative Bargelderhalt hat mit Prof. Christian Rieck ein Video von 15 Minuten produziert, das genau darstellt, was an dem bisherigen EU-Entwurf noch dringend geändert werden kann und muss.



Prof. Dr. Christian Rieck (Bildschirmfoto)

Nachfolgend mein Transkript des Videos von Prof. Christian Rieck:

«Bargeldabschaffung: Handeln Sie jetzt!»

Prof. Rieck leitet das Aufklärungs-Video ein:

«Es wird voraussichtlich noch in diesem Jahr über den Rechtsrahmen auf EU-Ebene abgestimmt, bei dem es um Bargeld geht und die Einführung des digitalen Euros. Und die Zukunft des Bargelds ist leider nicht so sicher, wie das überall im Augenblick dargestellt wird. Genauer gesagt, die Gefahr ist ziemlich gross, dass die Regelungen so aussehen werden, dass das Bargeld durch die Hintertür in relativ naher Zukunft verschwindet, obwohl offiziell gar nichts dagegen gemacht wird.

Deshalb sehen Sie sich hier jetzt in den folgenden ungefähr 15 Minuten einfach mal das Video an, was zusammengestellt wurde von der «Initiative Bargelderhalt». Ich kann Ihnen versprechen, da sind wirklich interessante Hintergrund-Informationen drin, die Sie wahrscheinlich so auch noch nicht gekannt haben. Und bitte, teilen Sie dieses Video einfach auch mit anderen Interessierten, damit sich diese Informationen einfach weithin verbreiten, ja, idealerweise auch mit Journalisten. Ich hoffe, dass der eine oder andere das auch aufgreifen wird, denn wir müssen eins bedenken, es läuft jetzt gerade das Trilog-Verfahren, also das Abstimmungsverfahren auf EU-Ebene, und solange das noch läuft, kann sich auch noch irgendetwas ändern, kann sich noch etwas verbessern. Danach ist es dann zu spät.»

Dann beginnt Hansjörg Stützle, Mitinitiator der «Initiative Bargelderhalt»:

«Wir stehen kurz vor der finalen Entscheidung. Bekommt Bargeld den Schutz, den es braucht, um überleben zu können? Für die neue EU-Bargeldverordnung gibt es Lobeshymnen von allen Seiten.»

– EZB-Chefin Christine Lagarde wird eingeblendet –:

«Das wird tatsächlich zu zwei Ergebnissen führen: Erstens werden dadurch sowohl Bargeld als auch der digitale Euro zu gesetzlichen Zahlungsmitteln. Was bedeutet, dass niemand irgendwo in Europa zu jemandem sagen kann: «Tut mir leid, ich nehme Ihre Banknoten nicht an, ich nehme Ihre europäischen Münzen nicht an.» Denn nun haben sie den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Sie müssen akzeptiert werden. Bargeld wird also tatsächlich auf diese Ebene eines gesetzlichen Zahlungsmittels angehoben, dass niemand irgendwo in Europa sagen kann: «Ich nehme Ihr Geld nicht an, weil es Banknoten sind.»»

Hansjörg Stützle:

«Wow, das hört sich wirklich klasse an. Bei dem Thema «Erhalt des Bargeldes» habe ich jedoch eines gelernt, nämlich öffentliche Aussagen immer zu hinterfragen. Das, was Frau Lagarde äussert, entspricht nicht der Wahrheit. Warum? Das werden wir in diesem Video aufdecken.

Dahinter verbirgt sich ein Skandal, der seinesgleichen sucht. Bargeld befindet sich seit längerem im freien Fall, denn ein Geschäft kann ganz leicht Bargeld ablehnen.

Herr Balz, Vorstand der Deutschen Bundesbank, erklärt die bisherige rechtliche Situation.»

– Wird eingeblendet –:

«Sie haben eben das hohe Rechtsinstitut der Vertragsfreiheit. Dort können eben Zahlungs-Modalitäten festgelegt werden. Die Käuferseite kann ja auch im Grunde genommen dann einen Vertrag ablehnen, etwas nicht kaufen.» (Burkhard Balz)

Hansjörg Stützle:

Das Ergebnis davon sehen wir heute überall. Ob beim Bäcker, im Restaurant, bei Zulassungsstellen, Bürgerbüros, in Bussen oder Park-Automaten, immer häufiger wird an diesen Stellen Bargeld abgelehnt.

Die grosse Hoffnung kam am 28. Juni 2023. Von der EU-Kommission wurden zwei Verordnungs-Vorschläge eingebracht. Einer zur Einführung des digitalen Euros und einer für das Bargeld. Diese wurden so ausgestaltet, dass der digitale Euro eine klare Annahmepflicht bekommt, das Bargeld nicht.

Auch bezüglich der Verfügbarkeit wurde Bargeld schwerwiegend benachteiligt. Das war ein Skandal. Wie kam die EU-Kommission auf die Idee, das neue gesetzliche Zahlungsmittel, gegenüber dem einzigen anonym und ausfallsicheren gesetzlichen Zahlungsmittel, also dem Bargeld zu privilegieren?

Die Politik hat nun drei Jahre über diesen Vorschlag beraten. Wie sieht der jetzige Verhandlungsstand aus? Hat sie die Fehler der Kommission ausgemerzt, wie die EZB Präsidentin Frau Lagarde stolz verkündet hat?

Frau Lagarde sagt, man könne zukünftig in Europa überall bar bezahlen, überall. Das wäre in unserem Alltag überall dort, wo wir unseren Geldbeutel zücken. An jeder Ladenkasse, bei allen Automaten und bei allen öffentlichen Stellen, also Behörden und Ämtern. In allen Bereichen müsste nach Aussage von Frau Lagarde das Bargeld angenommen werden. Das ist doch mal eine klare Ansage.

Schauen wir hierzu mal die Fakten an. Nach der jetzigen überarbeiteten Fassung der Bargeld-Verordnung müssten Geschäfte wie Supermärkte, Cafés und Restaurants Bargeld tatsächlich annehmen. Sie dürften Bargeld nicht mehr ablehnen. Bezogen auf diesen Bereich hat Frau Lagarde Recht. Bargeld bekommt in diesem Segment die gleichen Rechte wie der digitale Euro.¹ Das ist natürlich ein Schritt in die richtige Richtung. Traurig, dass über diese Selbstverständlichkeit 3 Jahre verhandelt werden musste.

Damit ist das Bargeld jedoch nicht gerettet, denn es gibt eine gewaltige Ausnahme. Dies tangiert die zweite wichtige Säule. So steht im Artikel 5 Absatz 1C, dass Automaten von der Bargeld-Annahmepflicht befreit sind.² Jeder Bezahlvorgang über Automaten kann demnach bargeldlos gestaltet werden.

Im Alltag bedeutet dies nichts Geringeres als dass Parkplätze und Parkhäuser, Busse und Bahnen, öffentliche Toiletten, Schwimmbäder mit Kassenautomat, Selbstbedienungsläden usw. Bargeld ablehnen können. Hand aufs Herz. Wer will dann noch Bargeld im Geldbeutel haben, wenn er beim Einkauf den Parkplatz nicht mehr mit Bargeld bezahlen kann? In einen Bus einsteigt und das Ticket nicht bar bezahlen kann? Wenn er sogar nicht einmal die öffentliche Toilette mit einem Eurostück bezahlen kann? Wer möchte Bargeld im Geldbeutel haben, wenn er damit nicht einmal mit seinen Kindern ins Schwimmbad kommt?

Da wir also mit Bargeld nicht mehr durchs öffentliche Leben kommen würden, würde der Bargeld-Kreislauf schwerwiegend unterbrochen. Zudem hätten wir in diesen Bereichen keine Wahlmöglichkeit. Wir würden in die digitale Welt gedrängt oder von grossen Teilen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen.

Das Vertrauen in Bargeld schwindet, und die Menschen werden es immer weniger nutzen wollen. Bargeld mutiert zum Zahlungsmittel zweiter Klasse. Aber es wird noch viel schlimmer.

Der dritte Bereich ist der Staat. Wie sieht es hier aus? Die Bundesbank hat in einer Untersuchung festgestellt, dass bei acht von dreissig Ämtern nicht mehr mit Bargeld bezahlt werden konnte. Auch in vielen anderen Ländern Europas ist es ganz häufig der Staat selbst, der Bargeld ablehnt. Wird sich das durch die Bargeldverordnung ändern? Sie ahnen es schon.

Nein, denn in der Bargeldverordnung wird ausdrücklich folgendes anerkannt:

Die nationalen Einschränkungen der Bargeldannahmepflicht sind durch Gründe des öffentlichen Interesses gerechtfertigt, wie z.B. Verhinderung von Geldwäsche und Steuerbetrug, Bekämpfung von Kriminalität, Schutz der öffentlichen Gesundheit.

Das öffnet ein Einfallstor, denn in einem internen Papier des Ministerrats lesen wir ausserdem: Auch folgende Ziele rechtfertigen eine Ablehnung von Bargeld: Effizienz der öffentlichen Verwaltung, Verringerung des Verwaltungsaufwands für Behörden, effiziente Organisation des Zahlungsverkehrs.

Auf dieser Grundlage könnte jeder Behörde ausdrücklich erlaubt werden, Bargeld abzulehnen, so wie es auch heute schon oft geschieht. Die Negativspirale setzt sich fort.

Der Staat hat sich hier eine Hintertüre eingebaut, durch die er Bargeld ablehnen kann.

Das geht gar nicht. Ein Staat muss Vorbild sein und sein eigenes Geld annehmen. Ansonsten zeigt er damit unmissverständlich, dass er Bargeld nicht mehr haben will.

Die Konsequenz: Die nächste Säule bricht weg.

Wer will dann noch Bargeld in der Geldbörse haben, wenn er nicht mehr weiss, wo er bar bezahlen kann?

Wie soll sich Bargeld auf dieser Basis halten?

Wer diese Fakten kennt, dem ist klar, dass Bargeld auf dieser Grundlage keine langfristige Überlebenschance hat.

Der ehemalige Bundesbank-Vizepräsident Professor Zeitler drückt das folgendermassen aus:

«Grossflächige Ausnahmen von der Pflicht zur Bargeldannahme würden das Ziel der Verordnung konterkarieren und könnten dazu führen, dass der Kipppunkt für ein schrittweises Verschwinden des Bargelds bald erreicht wird.» (Prof. Dr. Hans-Christoph Zeitler)

Wir als Initiatoren der europaweit grössten Bewegung zum Erhalt des Bargelds fordern:

1. für Automaten. Bargeld muss angenommen werden, wenn essentielle Güter und Dienstleistung bereitgestellt werden.
2. für Behörden und öffentliche Stellen. Die Verordnung soll herausheben, dass Bargeld ohne Einschränkung angenommen wird auf Ämtern sowie im Nah- und Fernverkehr, im Verkehrsmittel oder an der Haltestelle.

Das, was wir jetzt behandelt haben, ist nur die eine Seite der Medaille, nämlich die Akzeptanz.

Die Verfügbarkeit des Bargeldes

Die andere Seite ist die Verfügbarkeit des Bargeldes, die genauso wichtig ist.

Sehen wir uns das kurz an.

1. Es gibt keine klare Regelung zur Verfügbarkeit von Bargeld. Banken dürfen weiterhin Geldautomaten grossflächig abbauen. Zwar verpflichtet sich die Politik, für hinreichenden Zugang zu sorgen, doch was dies in der Praxis bedeutet, bleibt offen. In Schweden sieht man es als hinreichend an, wenn man innerhalb von 25 km an Bargeld kommt.
2. Banken können hohe Gebühren am Bargeldautomat erheben. Die Verordnung ändert daran nichts.
3. Händler haben stetig weitere Wege zur Bankfiliale und müssen vor Bareinzahlungen immer höhere Kosten stemmen. Die Preise für Münzeinzahlung sind bereits durch eine unsinnige EU-Verordnung gestiegen. Der Handelsverband Deutschland warnt vor einem Zusammenbruch des Bargeldkreislaufs. Die Bargeldverordnung ignoriert diese Probleme komplett.

Die Situation des Bargeldes ist katastrophal. Sollte die Bargeldverordnung nicht massiv nachgebessert werden, lässt die Politik das Verschwinden des Bargelds gewähren.

Und wir werden ruhiggestellt mit Aussagen wie:

– Dr. Moritz Heuberger, B90/Grüne, wird eingeblendet –:

«Weil der digitale Euro, der ersetzt das Bargeld nicht, er ergänzt es. Und lassen Sie uns mal bei den Fakten bleiben. Statt Ängste zu schüren, schauen Sie mal in den Legislativvorschlag über Euro-Bargeld der EU-Kommission von 2023, den Sie hier geflissentlich ignorieren. Hier werden Zugang und Annahme von Bargeld garantiert.»

– Heiko Hain, CDU/CSU, wird eingeblendet –:

«Und auch in der EU-Verordnung zum digitalen Euro wird zukünftig die Akzeptanz des Bargelds allgemein festgeschrieben, also sogar eine Stärkung des Bargelds. Und auch in den Berichten der EZB zum Stand des digitalen Euros steht immer: «Als Ergänzung zum Bargeld». Klar ist also: Die Bevölkerung braucht sich keine Sorgen machen.»

Hansjörg Stützle:

«Bei solchen Aussagen schlägt es mir die Sprache. Entweder kennen diese Menschen die Faktenlage nicht, oder sie ignorieren diese bewusst. Nur eine Empörungswelle kann jetzt noch bewirken, dass Bargeld den notwendigen Schutz bekommt. Es ist an der Zeit, dass die vierte Gewalt unserer Demokratie aktiv wird und über diesen Skandal berichtet.

Ich fordere alle Journalisten in Europa auf:

Recherchieren Sie und konfrontieren Sie Politiker und Institutionen mit all diesen Schlupflöchern! Berichten Sie über diesen Skandal und klären Sie die Bevölkerung auf!

Ich fordere alle Politiker in Europa auf: Setzen Sie sich für das Interesse Ihrer Wähler ein, denn 85% der Bevölkerung möchten die Wahlfreiheit haben, überall mit Bargeld zu bezahlen!

Alle anderen Bargeldfreunde bitte ich, geben Sie dieses Video mit einem wertschätzenden Anschreiben an die Medien Ihrer Wahl weiter.

Und bitte, verbreiten Sie dieses Video in Ihrem gesamten Umfeld.

Wir von der «Initiative-bargelderhalt.eu» werden dieses Video mit einem entsprechenden Anschreiben an alle EU- sowie Bundestagsabgeordneten schicken.

Ausserdem haben wir Verbindung in alle 27 EU-Länder. Damit werden wir sicherstellen, dass auch in diesen Ländern die nationalen Parlamente und die gesamte dortige Presse dieses Video erhalten.

Kein Politiker und kein Journalist soll sagen können, er hätte es nicht gewusst.

1 Siehe: Videoinhalt in Schriftform mit Quellendokumentation von Hansjörg Stützle von der Initiative Bargelderhalt: <https://bargelderhalt.info/quellen-vi...> Kapitel „NO-CASH-SCHILDER IN EUROPA“

2 Siehe Anm. 1, Kapitel „EU-PLÄNE FÜR VERKAUFSAUTOMATEN“

Video: <https://www.youtube.com/watch?v=FqRISJrjnz8&feature=youtu.be>

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2026/09/03/bargeldabschaffung-jetzt-handeln>

Die Muslime sind in der Lage, das Kräfteverhältnis in der Welt zu verändern. Ist ihnen das bewusst?

Paul Craig Roberts

Der Iran-Konflikt verläuft für Israel äusserst vorteilhaft. Israel hat es geschafft, den Konflikt in einen Konflikt zwischen dem Iran und seinem Stellvertreter Washington umzuwandeln, genau wie Washington es geschafft hat, den Ukraine-Konflikt in einen Konflikt zwischen Russland und seinem ukrainischen Stellvertreter zu verwandeln. Sowohl die iranische als auch die russische Führung führen Vergeltungskriege mit Stellvertretern, nicht gegen ihre wahren Feinde.

Dies kommt Israel und Washington sehr gelegen, da beide Seiten keine militärischen Konsequenzen aus den beiden von ihnen provozierten Kriegen zu tragen haben. Greift Washington den Iran an, tragen amerikanische Stützpunkte und Militärangehörige die Folgen, nicht Israel. Greift Washington Russland an, trägt die Ukraine die Folgen, nicht Amerika.

Ich hatte gehofft, Präsident Trump hätte seine Ausstiegsstrategie aus dem Iran gefunden, als er vor einigen Tagen ankündigte, der Krieg gegen den Iran werde fortan mit wirtschaftlichen Sanktionen geführt. Doch offensichtlich weigert sich Netanjahu, seine Marionette aus dem Konflikt Israels mit dem Iran herauszulassen, da Israel allein nicht ausreicht, um den Konflikt fortzuführen.

Zur Erinnerung: Im 21. Jahrhundert hat Israel seinen Marionettenstaat Washington benutzt, um Palästina zu annektieren. Von Palästina ist nichts mehr übrig. Israel hat Washington in dem, was Washington als «Krieg gegen den Terror» tarnte, instrumentalisiert, um drei Hindernisse für Grossisrael zu beseitigen: Irak, Libyen und Syrien. Aktuell lässt Israel seinen Marionettenstaat, den amerikanischen Präsidenten Donald Trump, den Iran angreifen.

Netanjahu weiss, dass Trump eine Niederlage nicht dulden kann und dass seine Frustration über die militärische Ohnmacht der USA gegenüber dem Iran wahrscheinlich zu Trumps Einsatz von Atomwaffen führen wird.

Die muslimische Welt hat die Chance, dies zu verhindern, sofern sie über operative Intelligenz verfügt. Kürzlich unterzeichneten die Türkei, Saudi-Arabien und Pakistan ein gegenseitiges Sicherheitsabkommen. Die Türkei verfügt über schlagkräftige konventionelle Streitkräfte und kontrolliert eine wichtige Meerenge. Saudi-Arabien besitzt Öl. Pakistan besitzt Atomwaffen. Dies ist ein vielversprechendes Bündnis. Was fehlt, ist der Iran.

Der Beitritt des Irans würde eine entschlossene Führung gewährleisten, und der Vier-Länder-Block, sollte er sich bilden, würde einen strategisch wichtigen Teil der Welt besetzen und die Seewege kontrollieren, durch die Öl transportiert wird.

Warum ist dieses Bündnis noch nicht zustande gekommen? Es wäre ein muslimisches Bündnis aus Sunniten und Schiiten. Es bestünde aus 458 Millionen Muslimen gegen 7,7 Millionen Israelis. Es wäre ein muslimisches Bündnis mit konventioneller und nuklearer Macht, dem weder Israel noch Israels Marionette – die Vereinigten Staaten von Amerika – etwas entgegensetzen könnten. Ein einziges Wort dieses Bündnisses, und die Ölversorgung wäre unterbrochen. Und die westliche Welt wäre am Ende.

Sollte ein solches Bündnis zustande kommen, würden Libanon, Jordanien, Ägypten und Jemen ihm sofort beitreten. Der gesamte muslimische Nahe Osten wäre gegen die israelisch-zionistische Agenda eines Grossisraels vereint. Darüber hinaus könnte ein solches Bündnis, wenn es jetzt geschlossen würde, erhebliche Auswirkungen auf die bevorstehenden israelischen Wahlen haben.

Netanjahus Partei und die Parteien seiner Koalition sind allesamt Minderheitsparteien. Die Grossisrael-Zionisten regieren Israel, weil der Zusammenschluss zionistischer Parteien in einer Koalition eine regierende «Mehrheit» hervorbringt.

Die Israelis haben die extremen zionistischen Parteien toleriert, weil deren Propaganda erfolgreich war und sie die Israelis bis zum jüngsten Zwölf-Tage-Krieg nichts gekostet hatte. Doch nachdem die iranischen Raketen den Iron Dome durchbrochen hatten, erfuhren die Israelis zum ersten Mal die Konsequenzen des Zionismus.

Wenn die israelische Bevölkerung bei Wahlen einer Allianz von 458 Millionen vereinten Muslimen mit Atomwaffen gegenübersteht, werden sich die intelligenten Israelis wohl fragen, ob sie eine Partei an der Macht wollen, die den muslimischen Nahen Osten weiterhin provoziert.

Es ist möglich, dass eine israelische Regierung entsteht, die – selbst wenn Israel seinen amerikanischen Marionettenstaat behält – erkennt, dass Israel dem enormen Kräfteverhältniswechsel nicht gewachsen ist, und eine Regierung wählt, die versteht, dass Israel sich der neuen Situation anpassen muss, um sein eigenes Überleben als Staat zu sichern.

Netanjahu mag zwar ein Übeltäter sein, aber er ist nicht dumm. Je länger der Iran mit seinem Stellvertreterfeind ein Vergeltungsspiel treibt, desto mehr Zeit haben die Zionisten, ein Ereignis zu inszenieren, das Washington zur Zustimmung zum Einsatz von Atomwaffen gegen den Iran bewegt. Die Unfähigkeit der muslimischen Welt, wichtige Entscheidungen zu treffen, ist der grösste Trumpf des Zionismus.

Sollten Atomwaffen gegen den Iran eingesetzt werden, wird der muslimische Widerstand zusammenbrechen. Die Türkei wird sich in die NATO zurückziehen. Saudi-Arabien wird sich wieder Washingtons bewährter Marionette verhalten. Pakistan wird sich nach Asien zurückziehen.

Netanjahu weiss das. Man kann wetten, dass er daran arbeitet, während der Iran ihm mit seinem Vergeltungsspiel mit Washington entgegenkommt und die drei Staaten des Mekka-Abkommens darüber nachdenken, ob sie dem Sicherheitsabkommen überhaupt Bedeutung beimessen wollen.

erschienen am 2. September 2026 auf > Paul Craig Roberts' Website

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_09_03_diemuslime.htm



Floor Jansen: «Überbevölkerung verursacht Krankheiten»

30. April 2020 von Thomas Sonder

**Wenn der Lebensraum zu eng wird, rächt sich die Natur:
Nightwish-Sängerin Floor Jansen spricht über Corona ...**

Das australische «Heavy Magazine» nahm sich Nightwish-Sängerin Floor Jansen für ein Interview zur Brust. Darin geht es neben dem neuen Album HUMAN. :II: NATURE. (natürlich) auch um die aktuelle Pandemie. Jansen hat eine interessante Sicht der Dinge.

«Wenn man mal genau darüber nachdenkt, kommt man zu dem Schluss, dass wir in einem überbevölkerten Biotop leben», so die Sängerin. «Wenn es beispielsweise in Australien zu viele Kängurus gibt, essen sie anderen Spezies die Pflanzen weg, wodurch neue Probleme entstehen. Oder wenn es in einem zu kleinen Gebiet zu viele Kaninchen gibt, entwickeln sich tödliche Krankheiten. Ja, es ist grausam, darüber nachzudenken, aber genau so etwas passiert gerade mit uns Menschen.»

Floor Jansen zufolge habe die Menschheit nicht berücksichtigt, wie sehr sie Teil des gesamten Systems der Natur ist. Sie ignoriere, dass sie ebenfalls auf diese Art und Weise dahingerafft werden kann. «Wir leben so dicht aneinander, daher breitet sich das Ganze so schnell aus. Was mich jedoch wirklich überrascht, ist, wie schlecht vorbereitet die Regierungen weltweit für den Fall des plötzlichen Ausbruchs eines Virus oder einer Krankheit sind.»

Floor Jansen hofft auf Umdenken

Das neue Nightwish-Album gibt sich thematisch passend zur aktuellen Krise. Floor Jansen versucht sich an einer Analyse. «HUMAN. :II: NATURE. handelt von der Liebe zum Leben, zur Natur und den positiven Seiten der Menschheit. Natürlich kann man jetzt sagen: «Naja, wir haben diesen Planeten zerstört, oder «Wir wissen nicht, wie wir auf uns achtgeben müssen.»»

«Überall hört man nur noch dieses negative Denken vom Untergang. Und das ist nicht besonders produktiv. Die Menschheit hat grossartige Dinge vollbracht, aber man kann auch anmerken, dass es bessere Wege gibt, die Erde, auf der wir alle leben, zu schützen. Und ich hoffe, dass diese Situation Leute dazu inspiriert, ihre Lebensweise zu verbessern.»

Quelle: <https://www.metal-hammer.de/floor-jansen-ueberbevoelkerung-verursacht-krankheiten-1486071/>

Die Erlaubnis zur Wiederverwendung des Artikels wurde Achim Wolf am 9. September 2021 von Katrin Riedl, CvD/Redaktion Metal Hammer, Axel Springer Mediahouse Berlin GmbH, Mehringdamm 33, 10961 Berlin, katrin@metal-hammer.de, erteilt.

Maria Fotopoulos:

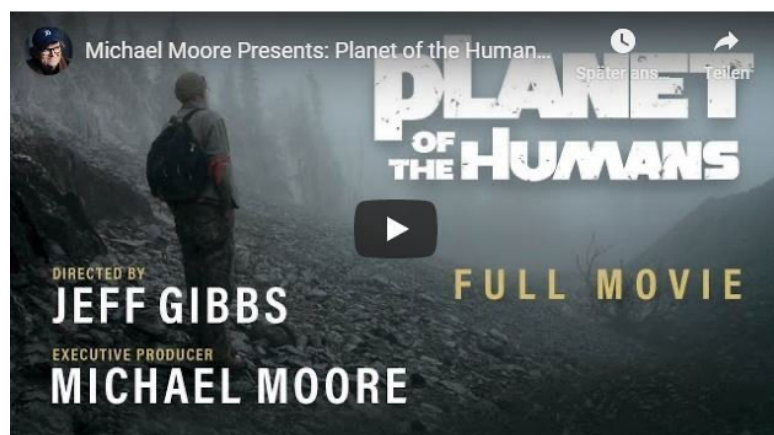
«Die Anzahl der Menschen auf dem Planeten beeinflusst fast alles.» –

„The number of people on the planet affects most everything.“

**Maria Fotopoulos: Umweltschützer geben Führungsrolle
bei der Bekämpfung der Überbevölkerung ab**

Von Maria Fotopoulos | @ BeTheChangeForAnimals * 23. Juli 2020, 11:15 Uhr.

Der von den Vereinten Nationen ins Leben gerufene Weltbevölkerungstag, «um die Aufmerksamkeit auf die Dringlichkeit und Bedeutung von Bevölkerungsfragen zu lenken», fand am 11. Juli statt. Die Top-News-Ergebnisse einer schnellen Google-Suche an diesem Tag stammten alle aus Indien. Und im Lauf des Wochenendes gab es in den Vereinigten Staaten kaum eine Anerkennung des Weltbevölkerungstages, selbst wenn unsere menschlichen Zahlen jeden Tag steigen.



Auf der Erde leben jetzt fast 8 Milliarden Menschen, und wir fügen unserem einzigen Zuhause jedes Jahr etwa 81 Millionen Menschen hinzu, nach einem Höchststand von etwa 90 Millionen pro Jahr in den 1980er Jahren. Die US-Bevölkerung hat sich mit 331 Millionen seit 1950, als sie 151 Millionen betrug, mehr als verdoppelt.

Der erste Weltbevölkerungstag war 1989, inspiriert von dem Film «The Day of Five Billion» aus dem Jahr 1987, der das beispiellose Bevölkerungswachstum auf dem Planeten ins Rampenlicht stellte.

Eine Grafik, auf die in Bevölkerungsartikeln häufig Bezug genommen wird, zeigt, wie die menschliche Bevölkerung seit 10'000 v. Chr. über Jahrhunderte hinweg relativ stabil blieb und erst Anfang des 19. Jahrhunderts eine Milliarde erreichte. Von dort aus wurde die menschliche Bevölkerung in der Grafik parabolisch. Während die Geburtenraten weltweit grösstenteils gesunken sind, wird die Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts dank der Bevölkerungsdynamik und der Regionen mit immer noch hohen Geburtenraten voraussichtlich fast 11 Milliarden Menschen versorgen.

So viele Zahlen. Sind sie wichtig? Natürlich sind sie das!

Die Anzahl der Menschen auf dem Planeten, die alle die Ressourcen des Planeten in Anspruch nehmen, beeinflusst fast alles. Mehr Menschen bedeuten den Bedarf an mehr Nahrung, Wasser, Wohnraum, Energie, Strassen und anderer Infrastruktur – mehr Ressourcen aller Art.

Je mehr Menschen es gibt, desto weniger für alle anderen Arten. Der Verlust von Lebensräumen und die Entwaldung sind eine Hauptursache für den Verlust der biologischen Vielfalt. Und warum kommt es zum Verlust und zur Entwaldung von Lebensräumen? Meistens wegen des Menschen.

Der Physikprofessor der Universität von Colorado, Al Bartlett, schrieb: «Können Sie sich ein Problem in einem Bereich menschlicher Bestrebungen in jeder Grössenordnung vorstellen, von mikroskopisch bis global, dessen langfristige Lösung auf nachweisbare Weise unterstützt, unterstützt oder weiterentwickelt wird? weitere Bevölkerungszunahme auf lokaler, nationaler oder globaler Ebene?»

Ich bin in den USA geboren und habe mein ganzes Leben lang in Städten von der Ost- bis zur Westküste gelebt. Daher ist meine Sichtweise verständlicherweise auf die USA ausgerichtet und beinhaltet ein Verständnis der Auswirkungen der Bevölkerung – ein Lernen von klein auf als die Null-Bevölkerungswachsbewegung in aller Munde war.

Aber die starken Stimmen aus den 1960er und 1970er Jahren über die Notwendigkeit, die Bevölkerung zu stabilisieren, sind im heutigen Amerika mit wenigen Ausnahmen im Wesentlichen verstummt.

Praktisch alle US-Organisationen, die sich als Umweltorganisationen ausgeben, haben ihre Verantwortung aufgegeben, über die Bevölkerung und die sehr realen Auswirkungen auf alle Naturschutzbelange zu sprechen. Tatsächlich haben sich seit 2016 zu viele mehr darum gekümmert, wie politische Organisationen zu funktionieren, da ihre Führung und Akolythen bei der Wahl von Präsident Donald Trump das Kaninchenloch des Trump-Derangement-Syndroms hinunterstürzen.

Vor einigen Jahren habe ich mich an den Verteidigungsrat für natürliche Ressourcen gewandt und gefragt, warum er keine Ressourcen für Bevölkerungsfragen bereitstellt. Ihre Antwort war, dass es andere Organisationen gab, die besser geeignet waren, diese Probleme anzugehen. Welche?

Und, während das Zentrum für biologische Vielfalt noch ein Programm zum Thema «Bevölkerung und Nachhaltigkeit» hat, hat sein Online-Magazin «The Revelator» seinen Bevölkerungsbereich eingestellt.

Was auch immer die Mängel des diesjährigen Dokumentarfilms «Planet of the Humans» von Michael Moore und Jeff Gibbs sein mögen, er hat den Elefanten im Raum enthüllt: Viele Umweltschützer sind es wirklich nicht.

Wenn US-Umweltschützer, die an vorderster Front über Lösungen für die Überbevölkerung sprechen und diese präsentieren sollten, dies aber nicht tun, ist es eine Schimäre zu glauben, dass Amerika das Land sein wird, das nachdenkliche, vernünftige und bildungsbasierte Lösungen für die untrennbar miteinander verbundenen Probleme von anbietet Überbevölkerung und Umweltzerstörung – in unserem eigenen Hinterhof, geschweige denn in einer Welt von 8 Milliarden oder 10 Milliarden oder 11 Milliarden Menschen.

Maria Fotopoulos schreibt über den Zusammenhang zwischen Überbevölkerung und Verlust der biologischen Vielfalt und von Zeit zu Zeit über andere Themen, die sie verwirren. Kontaktieren Sie sie auf Facebook unter Animal Lives Matter und folgen Sie ihr auf Twitter: @BeTheChangeForAnimals.

Quelle:

https://www.noozhawk.com/article/maria_fotopoulos_environmentalists_leadership_overpopulation_20200723

Maria Fotopoulos: Environmentalists Abdicate Leadership in Addressing Overpopulation

By Maria Fotopoulos | @BeTheChangeForAnimals / July 23, 2020, 11:15 a.m.



World Population Day, created by the United Nations “to focus attention on the urgency and importance of population issues,” came and passed on July 11.

The top news results in a quick Google search on the day were all from India. And as the weekend passed, there was barely any acknowledgement in the United States of World Population Day, even as our human numbers ramp up each day.

Earth is home now to nearly 8 billion people, and we add about 81 million people to our only home each year, down from a peak of about 90 million annually in the 1980s. The U.S. population, at 331 million, has more than doubled since 1950 when it was 151 million.

The first World Population Day was in 1989, inspired by the 1987 film, *«The Day of Five Billion»*, which put the spotlight on the unprecedented human population growth on the planet.

A graph often referenced in population articles shows how the human population remained relatively stable from 10,000 B.C. for centuries, not reaching 1 billion until the early 1800s. From there, looking at the graph, human population went parabolic. While birth rates have mostly fallen globally, Earth nonetheless is expected to provide for nearly 11 billion people by the end of this century, thanks to population momentum and regions which still have high fertility rates.

Such a lot of numbers. Do they matter?

The number of people on the planet — all drawing down the resources of the planet — affects most everything. More people means the need for more food, water, housing, energy, roads and other infrastructure — more resources of every kind.

The more people there are the less for all other species. Habitat loss and deforestation are a major cause of biodiversity loss. And habitat loss and deforestation happen why? Because of man mostly.

As the late University of Colorado physics professor Al Bartlett wrote, “Can you think of any problem in any area of human endeavor on any scale, from microscopic to global, whose long-term solution is in any demonstrable way aided, assisted or advanced by further increases in population, locally, nationally or globally?”

Born in the United States, I have lived in towns and cities from the East to West coasts my entire life, so my view is, understandably, U.S.-centric and that includes an understanding of the impact of population — a learning from an early age when the Zero Population Growth movement was on everyone’s lips.

But the strong voices from the 1960s and ’70s on the need to stabilize population have essentially gone silent in today’s America, with a few exceptions.

Virtually all U.S. organizations that hold themselves out to be environmental organizations have abdicated their responsibility to talk about population and the very real impact on all conservation concerns.

In fact, too many have been more concerned since 2016 with functioning like political organizations as their leadership and acolytes tumble down the rabbit hole of Trump Derangement Syndrome over President Donald Trump’s election.

Several years ago I contacted the deep-pockets Natural Resources Defense Council and asked why it didn’t devote resources to population issues. Their answer was that there were other organizations better-suited to address those issues. Which ones?

And while the Center for Biological Diversity still has a program on “Population and Sustainability,” its online magazine, *«The Revelator»*, dropped its population section.

For whatever shortcomings there may be with this year’s documentary, *«Planet of the Humans»*, by Michael Moore and Jeff Gibbs, it has revealed the elephant in the room: A lot of environmentalists really aren’t.

When U.S. environmentalists, who should be at the forefront of talking about and presenting solutions to overpopulation but aren’t, it’s a chimera to believe America will be the country to offer the thoughtful, reasonable and education-based solutions to the inextricably connected problems of overpopulation and environmental degradation — in our own backyard, let alone a world of 8 billion or 10 billion or 11 billion people.

Maria Fotopoulos writes about the connection between overpopulation and biodiversity loss, and from time to time other topics that confound her. Contact her on Facebook at Animal Lives Matter, and follow her on Twitter: @BeTheChangeForAnimals. Click here for previous columns. The opinions expressed are her own.

Die Erlaubnis zur Wiederverwendung des Artikels wurde Achim Wolf am 9. September 2021 von der Autorin Maria Fotopoulos per E-Mail erteilt.



Coronavirus: Statistik und die Entwicklung der Weltbevölkerung

Die Natur könnte mit dem Auftauchen des Coronavirus einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben haben

2. März 2020 13:25 Von Wolfgang Müller (Auszug)

Coronavirus: Die bisher bekannten medizinischen Folgen

Das Coronavirus ist zweifellos viel ansteckender und auch tödlicher, als eine normale Grippe. Der Präsident des Robert Koch-Instituts, Professor Dr. Lothar Wieler, sprach von einer über 20-fach höheren Letalitätssrate als es bei der Influenza der Fall ist.

Aber bei 80 Prozent der Erkrankten verläuft die Krankheit ziemlich harmlos. Viele bemerken es gar nicht, dass sie sich mit dem Virus infiziert haben, vor allem Kinder. Wer an einer «echten» Grippe erkrankt, bekommt heftige Krankheitssymptome und ist für gewöhnlich nicht mehr in der Lage das Haus zu verlassen und andere anzustecken. Das ist das Perfide an Sars-CoV-2: Es ist lange Zeit übertragbar, ohne dass der Träger etwas davon bemerkt – und vor allem kann es sich länger an Gegenständen halten ...

Bevölkerungsexplosion und Globalisierung

Das Coronavirus breitet sich rasend schnell über den Erdball aus, über 60 Länder sind bereits betroffen. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der Güter in Massen über die Meere verschifft werden und Millionen Menschen in Flugzeugen unterwegs sind, geschäftlich und zu Urlaubszwecken. Damit sind auch Schädlinge und Krankheitserreger weltweit auf Reisen, manch einer hat in seinem Garten schon ganz neue Freunde entdeckt.

Da muss man auf ein Grundproblem hinweisen, welches diese Problematik geradezu fördert, die Bevölkerungsexplosion. Beispiel Indien: Vor gut vier Jahrzehnten betrug die Bevölkerungszahl auf dem indischen Subkontinent 700 Millionen Menschen, jetzt ist sie bereits auf 1,4 Milliarden Bürger angewachsen. Mumbai hat angeblich die 15-fache Bevölkerungsdichte von New York.

Die Erdbevölkerung ist in dieser Zeit von 3,5 Milliarden auf über 7,7 Milliarden Bewohner explodiert, in nur zwei Generationen. In China gibt es eine Urbanisierung ohnegleichen. Millionenstädte sind aus dem Boden geschossen, eben wie das Epizentrum der Viruskrisis Wuhan, wo Menschen auf engstem Raum zusammenleben und viele Tierarten unter kritischen hygienischen Bedingungen zum Verzehr angeboten wurden. China hat auf dieses Thema aber reagiert und den Wildtierhandel landesweit verboten. Die Weltorganisationen rechnen mit einem weiteren Anstieg der Population trotz Erderwärmung, Ausbeutung der Ressourcen auf über 10 Milliarden Menschen, schon bis zur Mitte des Jahrhunderts.

Fazit

Jetzt könnte man eine philosophische Frage stellen. Quo vadis Menschheit? Die Natur könnte mit dem Auftauchen des Coronavirus einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben haben. So kann es mit Globalisierung und dem Wachstum nicht weitergehen. Dabei kam in diesen Überlegungen noch gar nicht Afrika zur Sprache, wo die Bevölkerung von jetzt gut einer Milliarde Menschen schon in wenigen Jahrzehnten auf zwei Milliarden ansteigen soll, ungeachtet von Ernährungs-/Gesundheits- und Klimaproblemen. Wohin werden sich viele Menschen aus den Krisengebieten dann orientieren?

Quelle: <https://finanzmarktwelt.de/coronavirus-statistik-und-die-entwicklung-der-weltbevoelkerung-158936/>

Die Genehmigung zur Wiederverwendung des Artikels wurde Achim Wolf am 9. September 2021 per E-Mail von Markus Fugmann, finanzmarktwelt.de, erteilt.

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

10.9.2026



Die Zeitung «Haaretz» am 8. September 2026 © Haaretz

«Haaretz»: «VAE hatten Netanyahu vor Hamas-Überfall gewarnt»

Ein weiteres Indiz, dass Israels Regierung den grausamen Terrorakt zuließ, um dem Ziel eines Grossisraels näher zu kommen.

Urs P. Gasche

Die israelische Zeitung «Haaretz» stützt sich auf ein bevorstehendes Buch der Journalisten Shlomi Eldar und Ruth Yuval: Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Scheich Mohamed bin Zayed Al Nahyan, habe Ministerpräsident Benjamin Netanyahu rund zehn Tage vor dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober 2023 persönlich telefonisch davor gewarnt.

Laut «Haaretz» rief bin Zayed vom Präsidentenpalast in Abu Dhabi aus an. Das Gespräch habe 45 Minuten gedauert. Bin Zayed soll Netanyahu darüber informiert haben, dass der damalige Hamas-Chef in Gaza, Yahya Sinwar, eine grosse militärische Operation gegen Israel plane, die zu Blutvergiessen führen und die gesamte Region destabilisieren könnte.

Netanyahu soll darauf «relativ gelassen» reagiert und gesagt haben, Israel sei auf jedes Szenario vorbereitet. Eine Bedrohung vermute er eher vom Westjordanland als von Gaza aus. Laut «Haaretz» hat Netanyahu weder das Sicherheitskabinett einberufen noch das Militär alarmiert.

Dementi aus Jerusalem, keines von den VAE

Netanyahus Büro nannte den Bericht ein «Lüge» und eine «böswillige Verleumdung». Zwischen Anfang September und dem 7. Oktober 2023 habe es kein Gespräch mit dem VAE-Präsidenten gegeben. Netanyahu selbst kündigte an, «Haaretz» und die Autoren zu verklagen.

Buchautor Shlomi Eldar widersprach Netanyahus Darstellung: Er verfüge über Dokumente und Belege für den Anruf.

Das Aussenministerium der Emirate äusserte sich ausweichend: Man kommentiere keine «Medienberichte oder Spekulationen über Gespräche zwischen Regierungschefs». Es ergänzte, beide Länder unterhielten «offene und direkte Kommunikationskanäle» und würden «alle relevanten Erkenntnisse» teilen.

Ein Dementi des Anrufs selbst blieb aus.

Von Haaretz angegebene Quellen

«Drei hochrangige ausländische Quellen sind mit dem Inhalt des Gesprächs vertraut. Die Veröffentlichung ist das Ergebnis umfangreicher Recherchen, die auf Dutzenden von Quellen in Israel und weltweit basieren, darunter sehr hochrangige Amtsträger sowie Aufzeichnungen, interne Dokumente und Korrespondenz. Die Recherchen wurden für das neue Buch «Hostages: 843 Days of Abandonment» von den Autoren dieses Artikels durchgeführt.»

Das Buch wird beim israelischen Verlag Kinneret Zmora Publishing auf Hebräisch erscheinen.

Frühere Berichte über Vorwarnungen

Drei Tage vor dem schrecklichen Überfall der autoritär-fundamentalistischen Hamas vom 7. Oktober 2023 soll der ägyptische Geheimdienst (General Intelligence Service) Israel eine dringende Warnung übermittelt haben, dass aus dem Gazastreifen grosse Gefahr drohe. Jedenfalls erklärte Michael McCaul, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im US-Repräsentantenhaus, gegenüber der Agentur «AFP»: «Wir wissen, dass Ägypten die Israelis drei Tage zuvor vor einem solchen Ereignis gewarnt hat.»

Die Aussage McCauls stimmte mit Äusserungen aus Ägypten selbst überein. Die Agentur «AP» berichtete unter Berufung auf eine ägyptische Geheimdienstquelle, Israel sei tatsächlich gewarnt worden. Man habe die Israelis darauf aufmerksam gemacht, dass «etwas Grosses» vom Gazastreifen aus geplant sei.

Ministerpräsident Benjamin Netanyahu dementierte, von dieser Warnung etwas gewusst zu haben.

Recherche der «BBC»

Um die Ereignisse zu rekonstruieren, sprach der britische Sender «BBC» mit Überlebenden, sichtete Nachrichten von Verstorbenen und hörte Sprachaufzeichnungen vom 7. Oktober ab.

Der britische Sender beschrieb im Oktober 2024 etliche Alarmzeichen:

- Vor dem 7. Oktober beobachteten viele Soldatinnen und Soldaten an der Basis verdächtige Aktivitäten, darunter die jungen Frauen, deren Aufgabe es war, die Grenzkameras zu überwachen.
- Soldaten bemerkten in den Tagen vor dem Angriff, dass die Hamas ihre Aktivitäten auf der anderen Seite der Grenze plötzlich einstellte.
- Viele israelische Soldaten an der Grenze blieben unbewaffnet. Die offiziellen Protokolle sahen vor, dass Soldaten sich bei einem Angriff zurückziehen sollten, anstatt vorzurücken.
- Einige Überwachungsgeräte waren entweder ausser Betrieb oder konnten von der Hamas leicht zerstört werden.

Kommentar der «BBC»: «Die von uns ermittelten Details werfen Fragen auf – darunter, warum so wenige Soldaten in einem Stützpunkt so nahe der Grenze bewaffnet waren, warum nicht mehr unternommen wurde, um auf die erhaltenen Informationen und Warnungen zu reagieren, und warum es so lange dauerte, bis Verstärkung eintraf.»

Aussagen eines Zeugen

IDF-Soldat Shalom Sheetrit war am 7. Oktober 2023 knappe 200 Meter vom Grenzzaun zum Gazastreifen entfernt im Einsatz. Er habe lange Angst davor gehabt, über das Erlebte zu reden. Doch am 17. Juli 2025 sagte er vor einem Parlamentarierausschuss aus:

- Um 5.20 Uhr des 7. Oktobers hätten er und seine Kameraden am Aussenposten des Kibbuz Be'eri ohne eine Begründung den unerwarteten Befehl erhalten, bis um 9.00 Uhr keine Grenzpatrouillen an die Grenze zu schicken. Als Zeugen nannte Sheetrit seine Kameraden Yotam Srur und Itamar Ben Yehuda. Der Angriff der Hamas begann etwa eine Stunde später. [Red. Der Befehl wurde nachträglich damit begründet, dass ein Scharfschütze die Soldaten bedroht habe.]
- Weder vor noch nach dem 7. Oktober hätten sich die israelischen Soldaten von der Grenze je zurückgezogen. Die Patrouillen abzusagen, besonders während eines Feiertags, an dem die Streitkräfte ohnehin schon unterbesetzt waren, habe jeder Logik und jedem Protokoll widersprochen.

Im Kibbuz Be'eri wurden an diesem Morgen über hundert Israelis in einem der blutigsten Gefechte des Tages getötet.

Weitere ignorierte Warnzeichen

Unter der Überschrift «Der israelische Geheimdienst ignorierte» detaillierte Warnung vor einem Angriff der Hamas» berichtete die «Financial Times» am 23. November 2023:

«Wachen an der Grenze Israels zu Gaza, darunter viele Soldatinnen, überwachen und analysieren ständig Video- und andere Daten, die in der Nähe des elektronischen Zauns um die Enklave gesammelt werden. Schon Wochen vor dem Angriff übermittelten sie einen detaillierten Bericht an den ranghöchsten Geheimdienstoffizier im Südkommando. Das sagten beide Informanten.

Der Bericht wurde über ein sicheres Kommunikationssystem verschickt und enthielt konkrete Warnungen. Vor allem, dass die Hamas daran arbeite, Grenzposten an mehreren Stellen zu sprengen, in israelisches Gebiet einzudringen und Kibbuze anzugreifen. Das sagte der Informant, der direkte Kenntnis vom Inhalt der Warnung hatte.

Die Soldatinnen warnten ausserdem, dass ihre Analyse mehrerer Videos gezeigt habe, in denen die Hamas eine Geiselnahme proben würde. Sie hielten einen Angriff für unmittelbar bevorstehend. Die Soldatinnen entschieden sich, den ranghöchsten Geheimdienstoffizier zu informieren, nachdem sie auf den Videos einen hochrangigen Militärkommandanten der Hamas identifiziert hatten. Wachposten konnten ihn anhand einer Datenbank mit Gesichtern und Identitätsvergleichen identifizieren.»

Offizielle Version: «Alles Fahrlässigkeiten»

Israel stuft die Hamas als Terroristen ein und betrachtet sie als Erzfeinde. Trotzdem seien alle diese Ungeheimtheiten auf ein fahrlässiges Verhalten des israelischen Geheimdienstes, der israelischen Armee oder der politischen Führung zurückzuführen. Das ist die offizielle Version.

Dagegen spricht, dass der israelische Geheimdienst als einer der besten der Welt gilt. Er hat im Gazastreifen, im Westjordanland, im Iran und im Libanon unzählige Agenten platziert. Deren Informationen ermöglichen der israelischen Armee, Anschläge zuvorkommen und viele spektakuläre Angriffe zu führen.

Netanyahu wollte eine Zweistaatenlösung endgültig verhindern

Fest steht, dass die Regierung von Benjamin Netanyahu seit vielen Jahren alles tat, um eine Zweistaatenlösung zu verhindern.

Im Westjordanland förderte Netanyahu – ohne Sanktionen der USA – die illegalen Besiedlungen.

Im Gazastreifen unterstützte der Ölstaat Katar die Hamas im Laufe der Jahre mit einer Milliarde Dollar. Netanyahu hat diese Zahlungen nicht nur toleriert, sondern sie logistisch auch unterstützt. Laut «New York Times» dienten diese Geldtransfers dazu, die Kontrolle der Hamas über den Gazastreifen zu stabilisieren und die gemässigte Fatah zu schwächen. Das erlaubte es Netanyahu, Verhandlungen über eine Zweistaatenlösung abzulehnen. Denn mit den «Terroristen» der Hamas kämen Verhandlungen nicht in Frage. (siehe «Netanyahu missbrauchte die Hamas-Terroristen für seine Strategie», Infosperber vom 6. März 2024, und «Netanyahu liess die Hamas-Terroristen absichtlich gewähren», Infosperber vom 20. Dezember 2023).

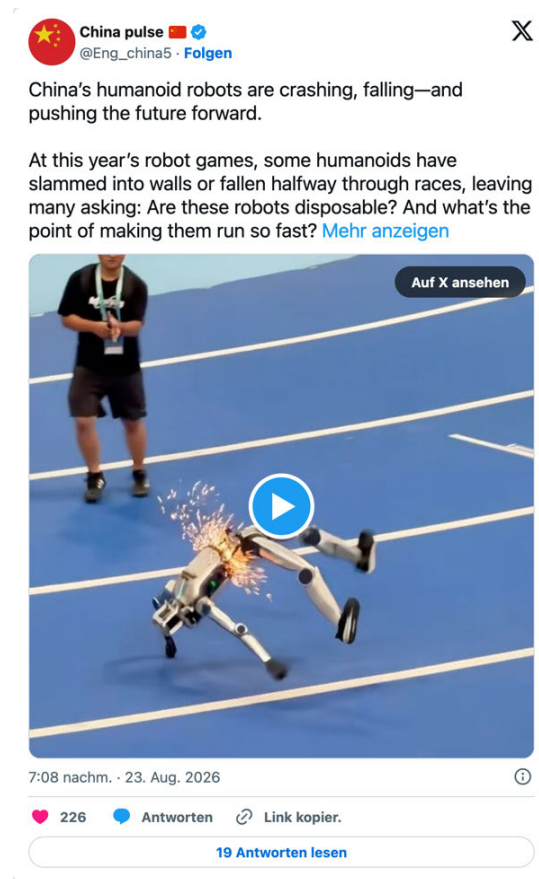
Auf jeden Fall haben Netanyahu und seine rechtsextremen Minister den Überfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 dazu benutzt, um eine Zweistaatenlösung in Gaza aus der Landkarte zu bombardieren und sie im Westjordanland mit weiteren Siedlungen endgültig zu torpedieren.

**Der Aufstieg der Maschinen: Chinas Militär bereitet humanoide Roboter auf den Kampfeinsatz vor**

Tyler Durden via ZeroHedge, Uncut-news, September 14, 2026

Zu Beginn des Jahres haben wir vor der Aussicht gewarnt, dass humanoide Roboter über die Fabrikhallen hinaus auch in militärische Einsätze vordringen könnten.

Chinas «World Humanoid Robot Games» im vergangenen Monat zeigten Fortschritte bei Geschwindigkeit und Mobilität der Roboter, während Berichte über Pekings ausweitende Militärforschung darauf hindeuten, dass die Vorbereitungen für einen späteren Einsatz auf dem Schlachtfeld an Fahrt gewinnen. Die Aussicht, dass Humanoide an der Seite von Truppen und Einweg-Angriffsdrohnen operieren, vermittelt ein beunruhigendes neues Bild von der nächsten Phase der Kriegsführung: **der Aufstieg der Maschinen.**



Übersetzung von «X»: Chinas humanoide Roboter krachen zusammen, stürzen – und treiben die Zukunft voran. Bei den diesjährigen Roboterspielen sind einige Humanoide gegen Wände geprallt oder mitten im Rennen gestürzt, was viele zu der Frage veranlasst: Sind diese Roboter Wegwerfprodukte? Und wozu lassen wir sie so schnell laufen? Doch hier ist der grössere Zusammenhang: Sie versuchen nicht, perfekt zu wirken – sie testen die Grenzen aus. Jede Kollision liefert Daten aus der Praxis. Scheitern ist Teil der Innovation. Jeder Sturz lehrt diese Roboter etwas Neues über Gleichgewicht, Steuerung und Entscheidungsfindung. Die Stürze von heute könnten die Daten sein, auf denen die zuverlässigen humanoiden Maschinen von morgen basieren. Lasst sie laufen, lasst sie lernen.

Reuters veröffentlichte am Montag einen neuen Bericht, in dem es hiess:

Chinas Verteidigungsapparat treibt die Forschung zu militärischen Einsatzmöglichkeiten von Humanoiden voran und plant deren späteren Einsatz im Krieg – dies geht aus einer Auswertung von Reuters hervor, die mehr als 100 chinesische Ausschreibungen für militärische Beschaffungen, wissenschaftliche Studien, Patente, offizielle Veröffentlichungen, Regierungsunterlagen und Materialien von Rüstungsunternehmen umfasste.

Während die Welt Chinas «World Humanoid Robot Games» bestaunte, bei denen Roboter sprinteten, sprangen, tanzten und an Sportwettkämpfen teilnahmen, drängte das chinesische Militär die Forscher dazu, den Transfer fortschrittlicher Technologien aus den Labors auf militärische Übungsplätze für robotische «Kämpfer» zu beschleunigen.

China is testing humanoid robots for jobs far beyond factories.

At the World Robot Conference in Beijing China Ordnance is showing its Fuxi humanoid robot designed for security and emergency response tasks. <https://t.co/8YptW2f50R> pic.twitter.com/zv3PzBNtCa

Techniahqrobot | humanoid robots (@techniahqrobot) August 18, 2026

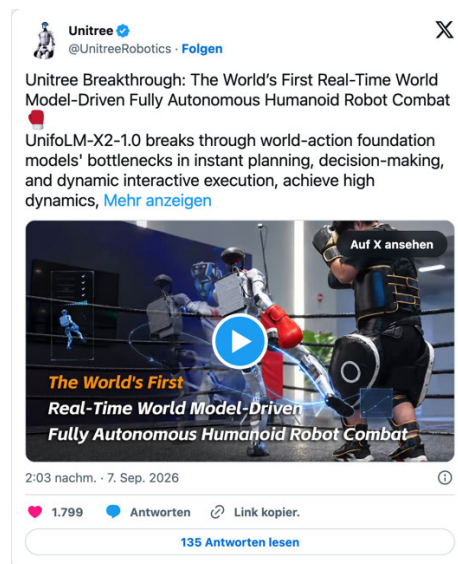
Übersetzungen von «X»: China testet humanoide Roboter für Aufgaben, die weit über den Fabrikbereich hinausgehen. Auf der World Robot Conference in Peking präsentiert China Ordnance seinen humanoiden Roboter «Fuxi», der für Sicherheits- und Rettungseinsätze konzipiert ist.

Das ist eine der besten Seiten der Robotik. Nicht, dass Roboter Menschen ersetzen. Sondern dass die Technologie den Menschen ihre Bewegungsfreiheit und ihre Möglichkeiten zurückgibt.

Die Arme und Beine zeigen, wie Robotik und moderne Prothesen aussehen können, wenn das Ziel darin besteht, Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen.

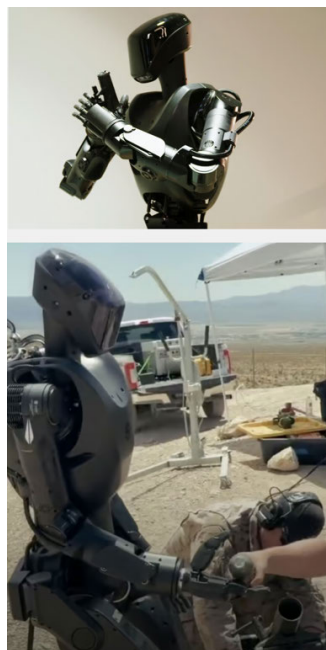
- Armprothese
- Gelenkige Handprothese
- Zwei Beinprothesen
- Mechanische Kniegelenke
- Fussprothesen
- Befestigungssysteme für Prothesen
- Mechanische Beinkonstruktionen

Chinas grösstes Robotikunternehmen, Unitree, veröffentlichte am Montagmorgen auf X ein Video, in dem ein «vollständig autonomer Kampf humanoider Roboter» gezeigt wird.



Übersetzung von «X»: Durchbruch bei Unitree: Der weltweit erste vollautonome humanoide Kampfroboter UnifoLM-X2-1.0, der auf einem Echtzeit-Weltmodell basiert, überwindet die Engpässe der Welt-Aktions-Grundmodelle bei der sofortigen Planung, Entscheidungsfindung und dynamischen interaktiven Ausführung. Er zeichnet sich durch hohe Dynamik, starke Interaktion sowie Echtzeit-Vorhersagen und -Planungen für die Zukunft aus und ermöglicht so den vollautonomen Kampfeinsatz humanoider Roboter. Dies bestätigt die grundsätzliche Machbarkeit eines grossflächigen Einsatzes von weltmodellgesteuerten humanoiden Robotern.

Am 2. Februar berichteten wir, dass «der Krieg mit Humanoiden näher rückt», und ein Artikel des TIME-Magazins Anfang März bestätigte später unseren Bericht darüber, dass das amerikanische Humanoid-Robotikunternehmen Foundation seine Roboter für den Kriegstest einsetzt.



Die Aussicht auf eine «Skynet-ähnliche» Kriegsführung rückt von Woche zu Woche näher, da die Entwicklung humanoider Roboter parallel zu Einweg-Angriffsdrohnen, unbemannten Bodenfahrzeugen und zunehmend automatisierten «Kill Chains» voranschreitet. Bei einer grossflächigen Integration könnten diese Roboter den Wandel hin zu einem automatisierten modernen Schlachtfeld weiter beschleunigen.

Quelle: Rise Of The Machines: China's Military Prepares Humanoid Robots For Combat

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-aufstieg-der-maschinen-chinas-militaer-bereitet-humanoid-roboter-auf-den-kampfeinsatz-vor/>



MK-84 Bomben © US-National Archives

Komplize USA will Tausende tödlichste Bomben an Israel liefern **Über eine Lieferung im Wert von fast drei Milliarden Dollar informierte die «Washington Post». Die grösste Lieferung seit Jahren.**

Urs P. Gasche

Das geplante Paket umfasst bis zu 20'000 MK-84-Bomben und 20'000 BLU-117-Bomben sowie bis zu 20'000 I-2000-Penetrator-Sprengköpfe. Dazu Bloomberg: «Diese Waffen sind extrem tödlich. Die MK-84 beispielsweise schleudert Metallfragmente über Tausende von Fuss in alle Richtungen, verursacht riesige Krater und durchschlägt Metall und Beton.»

Israel muss diese schweren Waffen nicht einmal kaufen. Denn die Trump-Regierung will sie im Rahmen eines «Foreign Military Financing» liefern. Das läuft auf eine Subventionierung der US-Waffenindustrie durch die US-Steuerzahlenden hinaus.

Bloomberg berichtet, wichtige Ausschüsse des Kongresses seien erst informell über die Lieferung in Kenntnis gesetzt worden. Das Weisse Haus wollte dazu keine Stellung nehmen.

Israel sei dafür kritisiert worden, regelmässig MK-84-Bomben in Gebieten Gazas abgeworfen zu haben, die es für Zivilisten als sicher erklärt hatte, berichtet die «Washington Post».

Die MK-84 sind ungelenkte Spreng- und Splitterbomben der 2000-Pfund-Klasse. Eine Bombe wiegt rund 907 Kilogramm und enthält etwa 429 Kilogramm Sprengstoff. Ihre Wirkung beruht auf einer Kombination aus massiver Druckwelle, Gebäudeschäden und weit fliegenden Stahlfragmenten. Deshalb ist sie in dicht bebauten Gebieten zerstörerisch und mit einem hohen Risiko für Personen ausserhalb des unmittelbaren Zielbereichs verbunden. Ein Einschlag in offenem Boden kann einen Krater von etwa 15 Metern Breite und bis zu 11 Metern Tiefe hinterlassen.

- Die Mk-84 kann im konventionellen Luftkrieg sehr grosse Flächen zerstören. Israel soll 20'000 davon erhalten.
- Die I-2000-Penetrator-Bombe kann harte Hindernisse wie verstärkten Beton, Erdüberdeckungen, Bunker, Tunnelzugänge oder gepanzerte Kommando- und Infrastrukturanlagen zerstören. Israel soll bis zu 20'000 davon erhalten.

Die USA tragen damit wesentlich zur weitgehenden Zerstörung von Gaza und Teilen Libanons bei. Ultra-nationale Mitglieder von Netanyahus Regierung wollen die Palästinenser aus Gaza vertreiben und ein Gross-Israel errichten. Bereits hält Israel rund 70 Prozent des Gazastreifens militärisch besetzt. Im restlichen

Gebiet – wie ein Gefängnis von allen Seiten abgeschnitten – versuchen rund 1,5 Millionen Palästinenser unter grösster Not zu überleben.

Die Regierung Netanyahu erklärt den Zerstörungskrieg Israels als eine verhältnismässige und legitime Reaktion auf den Terrorüberfall der Hamas vom 23. Oktober 2023.

Fast alle Völkerrechtler sind sich jedoch einig: Israels anhaltender Krieg in Gaza und im Libanon sowie auch die Aneignung des Westjordanlands sind völlig unverhältnismässig und verstossen deshalb krass gegen das Völkerrecht. Der Sicherheitsrat müsste über Israel Sanktionen beschliessen.

Wer an Israel weiter Waffen liefert, macht sich zum Komplizen einer ethnischen Säuberung. Darin sind sich Amnesty International, Human Rights Watch und der UN-Hochkommissar für Menschenrechte einig.



Deutschland und Grossbritannien sollen angeblich bereits gemeinsam Raketen mit grosser Reichweite entwickeln. © jacekphotos / Depositphotos

Deutschland verstärkt Rüstungskoooperation mit Grossbritannien

Das Ziel: Hyperschallraketen, weitreichende Präzisionswaffen, Unterwasserdrohnen, vielleicht sogar Mitsprache bei UK-Atomwaffen.

German Foreign Policy

In Berlin werden Überlegungen angestellt, mit den Nuklearstreitkräften Grossbritanniens zu kooperieren. Das berichtet die Tageszeitung «The Telegraph». Dies könnte Deutschland Einfluss auf, vielleicht gar Mitsprache über den Einsatz von Atomwaffen verschaffen.

Im ersten Schritt ist im Gespräch, die Nuklearstreitkräfte des Vereinigten Königreichs nichtnuklear zu unterstützen – etwa durch die Entsendung von Patriot-Luftabwehrbatterien an die schottische U-Boot-Basis Faslane, wo nuklear bewaffnete Atom-U-Boote stationiert sind. Darüber hinaus könne man auf lange Sicht die US-Elemente der britischen Nuklearstreitkräfte – beispielsweise die Trident-Raketen – durch deutsch-britische Waffensysteme ersetzen.

Grundlage der Überlegungen ist der Ausbau der deutsch-britischen Rüstungskoooperation, der – vor allem seit dem vergangenen Jahr beschleunigt – umfassende Investitionen deutscher Waffenschmieden im Vereinigten Königreich umfasst, von Rheinmetall bis zu Helsing. In Rüstungskreisen ist schon von einem «goldenen Zeitalter» der deutsch-britischen Zusammenarbeit in der Herstellung von Waffensystemen aller Art die Rede – von Panzern bis zu KI-gesteuerten Drohnen.

Boomende Rüstungskoooperation

Die Grundlagen für den gegenwärtigen Boom der deutsch-britischen Rüstungskoooperation wurden bereits bald nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020 gelegt. Nach entsprechenden Vorarbeiten unterzeichneten zunächst die Aussenminister beider Länder am 30. Juni 2021 eine Gemeinsame Absichtserklärung über die deutsch-britische aussenpolitische Zusammenarbeit.

Auf eine Übereinkunft von Bundeskanzler Olaf Scholz und Premierminister Rishi Sunak vom 24. April 2024, die unter anderem eine Intensivierung der Rüstungs- und Militärkooperation vorsah, sowie eine Erklärung der Verteidigungsminister beider Länder vom 24. Juli 2024, die ebenfalls eine deutlich stärkere Rüstungszusammenarbeit in den Blick nahm, folgte am 23. Oktober 2024 der Abschluss des Trinity House Agreement, das erste «konkrete Schlüsselprojekte für den gemeinsamen Fähigkeitsaufbau in allen Dimensionen» auflistete.

Den Abschluss der Serie bilateraler Übereinkünfte bildete der Kensington-Vertrag über Freundschaft und bilaterale Zusammenarbeit vom 17. Juli 2025, der eine breite Palette an Zielen zur Kooperation etwa in Wirtschaft, Forschung und Bildung umfasste; dabei bezog auch er sich nicht zuletzt auf die Aussen- und Militärpolitik [1].

Deutsche Investitionen

Der Ausbau der Rüstungskoooperation besteht zur Zeit vor allem in Investitionen deutscher Waffenschmieden im Vereinigten Königreich, die seit dem vergangenen Jahr gewaltig Fahrt aufnehmen. Rheinmetall etwa stellt in Grossbritannien Schützenpanzer vom Typ Boxer her und hat in Telford eine «UK Gun Hall» eröffnet, in der Artilleriesysteme sowie Panzerrohre gefertigt werden [2].

Auch deutsche Drohnen-Startups errichten im Vereinigten Königreich Fabriken. So produziert Stark Defence in einem neuen Werk in Swindon Drohnen aller Art, darunter etwa solche, die sich in bis zu 100 Kilometern Entfernung auf feindliche Panzer stürzen, um sie zu zerstören. Das sei billiger als herkömmliche Raketen, heisst es dazu [3].

In Grossbritannien hat mittlerweile auch Helsing zu investieren begonnen, Europas mit einer Bewertung von 18 Milliarden Euro zur Zeit wertvollstes Rüstungs-Startup. Helsing stellt in Plymouth Unterwasserdrohnen her, die mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuert werden und in der Lage sind, feindliche U-Boote aufzuspüren. Berichten zufolge ist nicht zuletzt geplant, sie in grosser Zahl einzusetzen, um so eine Art Unterwasser-Abwehrkette zu errichten. Auf diese Weise soll es möglich sein, Gewässer gegen das Eindringen feindlicher U-Boote und Schiffe zu schützen [4].

Deep Precision Strike (DPS)

Zu den bislang bedeutendsten deutsch-britischen Rüstungsprojekten zählen Vorhaben zur Entwicklung und Produktion weitreichender Präzisionswaffen (Deep Precision Strike, DPS), mit denen es möglich sein soll, Ziele weit im Hinterland eines Feindes zu treffen. Aktuell geht es insbesondere um die Vorbereitung auf den Beschuss von Zielen tief in Russland. Deutschland und Grossbritannien haben in Umsetzung von Bestimmungen des Trinity House Agreement begonnen, verschiedene Raketen zu entwickeln – darunter Hyperschallraketen –, die eine Reichweite von mehr als 2000 Kilometern haben. Sie sollen um das Jahr 2034 herum einsatzbereit sein [5].

Hinzu kommen inzwischen weitere Programme. London hat am Rande des Nato-Gipfels in Ankara eine neue Initiative gestartet, an der insgesamt zwölf Nato-Staaten teilnehmen, darunter die Bundesrepublik. Ziel ist es ebenfalls, weitreichende Präzisionswaffen zu bauen; die Rede ist von einem Marschflugkörper und einer weiteren Hyperschallrakete. Experten gehen davon aus, dass Deutschland auch im Rahmen dieses Programms eine herausragende Bedeutung einnehmen soll [6]. Auch in diesem Fall wird mit einer Einsatzbereitschaft in den frühen 2030er Jahren gerechnet. Dann werde man von weitreichenden US-Waffen unabhängig sein, heisst es.

Nichtnukleare Beteiligung

Wie die britische Tageszeitung «The Telegraph» berichtete, die sich mittlerweile im Besitz des mächtigen deutschen Springer-Konzerns («Bild», «Die Welt», «Politico») befindet, werden gegenwärtig in Berlin Überlegungen angestellt, die immer engere bilaterale Rüstungskoooperation um eine Zusammenarbeit bei Atomwaffen zu erweitern. Konkret ist demnach im Gespräch, in der einen oder anderen Form einen Beitrag zu den britischen Nuklearstreitkräften zu leisten. Dieser könne etwa darin bestehen, Einheiten der Bundeswehr mit Flugabwehrbatterien vom Typ Patriot an die U-Boot-Basis im schottischen Faslane zu entsenden. Dort sind die mit nuklear bestückbaren Trident-Raketen ausgestatteten britischen U-Boote stationiert [7].

Der Plan, Grossbritanniens Nuklearstreitkräfte konventionell zu unterstützen, entspricht im Grossen und Ganzen dem inzwischen in Gang gesetzten Vorhaben, den Nuklearstreitkräften Frankreichs mit Truppen der Bundeswehr nichtnuklear zur Seite zu stehen [8]. Offiziell heisst es zur Begründung, man wolle die europäischen Nuklearstreitkräfte stärken, um im Fall einer weiteren Eskalation des Konflikts mit den Vereinigten Staaten auch eigenständig handlungsfähig zu sein.

Nukleare Mitsprache

Dabei gehen die deutschen Pläne bezüglich der britischen Nuklearstreitkräfte darüber hinaus. Diese sind bislang abhängig von den USA: Dort werden die Trident-Raketen hergestellt und gewartet; zudem wird der neue britische Sprengkopf namens Astraea gemeinsam mit dem US-amerikanischen W93-Sprengkopfprogramm entwickelt [9]. Das löse Sorgen in Berlin aus, berichtet «The Telegraph». Schliesslich könne man sich so nicht aus der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten lösen. In der deutschen Hauptstadt werde deshalb darüber nachgedacht, finanziell zum britischen Nuklearprogramm beizutragen – und damit neue Waffensysteme zu finanzieren.

So wird darauf hingewiesen, dass die deutsche Werft TKMS U-Boote für Israel gebaut hat, die mit Nuklearwaffen ausgestattet werden können [10]. Darüber hinaus heisst es, Deutschland und Grossbritannien seien ohnehin schon dabei, gemeinsam Raketen mit grosser Reichweite zu entwickeln, darunter Hyperschallraketen. Dies legt nahe, perspektivisch auch atomar bestückbare Raketen zu produzieren, um nicht mehr auf die US-amerikanischen Trident-Raketen angewiesen zu sein. Aus Sicht der Bundesregierung hätte der Vorstoss nicht zuletzt den Vorteil, dass er der Bundesrepublik direkten Einfluss und damit auch Mitsprache über Nuklearstreitkräfte und ihren Einsatz böte. Das ist bei der Nuklearkooperation mit Frankreich nicht der Fall.

Quellen:

[1] S. dazu Europas Mächtedreieck.

[2] Matt Oliver: The foreign suppliers propping up a 'Made in Britain' defence boom. telegraph.co.uk 20.08.2026.

[3] George Allison: STARK debuts Cascade and Gambit drones with UK partner. ukdefencejournal.org.uk 08.06.2026.

[4] Ingrid Lunden: Helsing opens its first UK 'Resilience Factory' to build maritime tech. relencemedia.co 19.11.2025.

[5] Carolina Drüten, James Rothwell, Hans van Leeuwen: „Goldenes Zeitalter“ – Bei der Verteidigung setzen die Briten nun auf Deutschland. welt.de 21.07.2026.

[6] \$50bn boost for European deep precision strike capabilities as UK leads new initiative. gov.uk 08.07.2026.

[7] Joe Barnes, James Rothwell, James Crisp: Germany in talks to help fund Trident. telegraph.co.uk 26.08.2026.

[8] S. dazu Im Zeitalter der Atomwaffen.

[9] Joe Barnes, James Rothwell, James Crisp: Germany in talks to help fund Trident. telegraph.co.uk 26.08.2026.

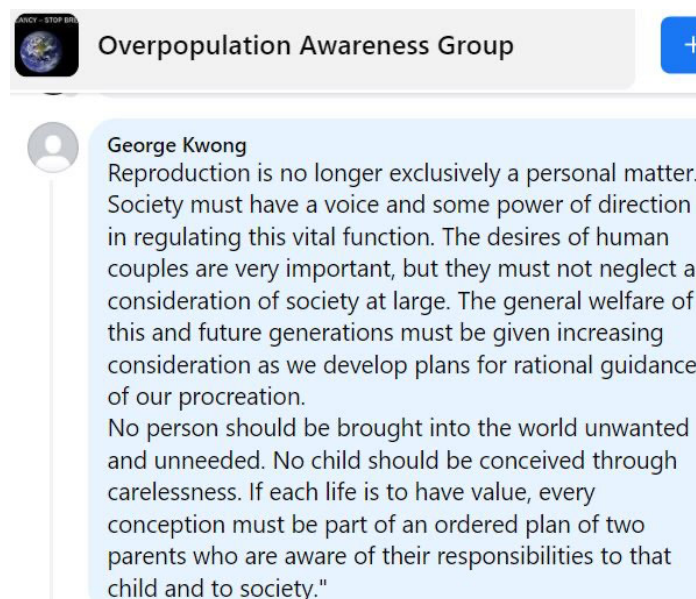
[10] S. dazu Im nationalen Interesse Deutschlands (II).

Die Verbindung der Menschen!

Wenn jeder Mensch eins mit sich selbst und mit den Mitmenschen ist sowie mit der Natur und dem Leben, dann lebt er in wahren Frieden, trägt diesen in die Welt hinaus und erschafft dadurch positive Wellen, die sehr viele wertvolle Veränderungen bringen und die Mitmenschen beflügeln gleichermassen zu denken, zu fühlen und sie empfinden zu lassen, fortan in grundehrlichem Sinn und redlich in Frieden zu leben.

3. Feb. 1944, Edi, Niederflachs 1253, Bülach

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Un-

achtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



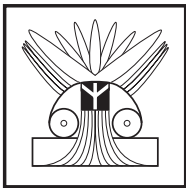
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesruna, das wahrheitlich einem «Todesymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskennntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbolen bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

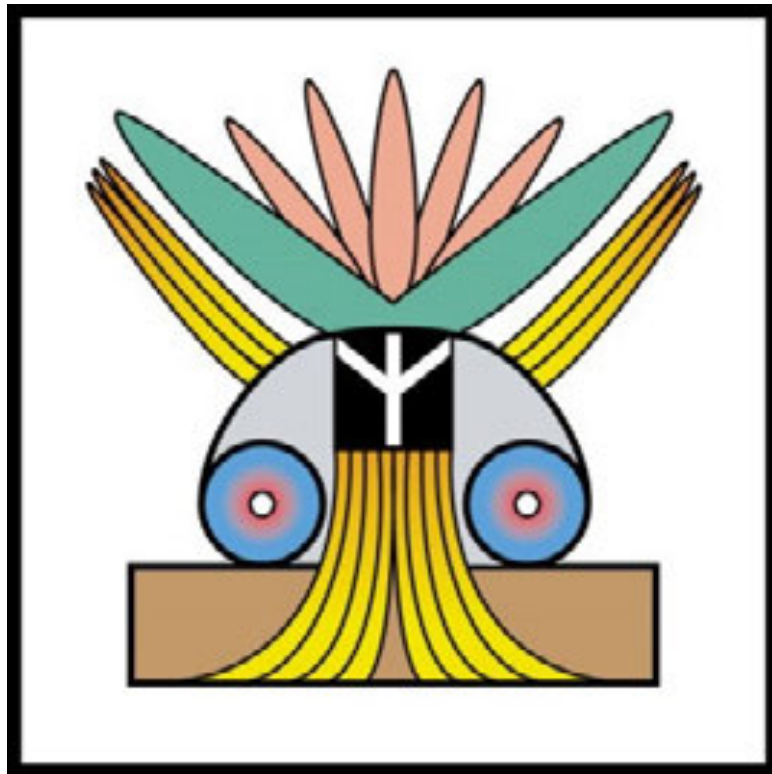
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol (Frieden)

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

**AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MMP
PAIX
PAZ**



**EIPHNH
VREDE
平和
שלום
शांति
سلام
صلح**

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
 Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
 Telefon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
 Wird auch im Internet veröffentlicht
 Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
 IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



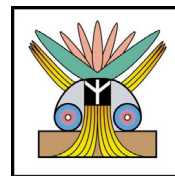
© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
 angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
 wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
 -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
 wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
 Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
 bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
 SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
 Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz